B2

Freitag, den 12. März 1926, abds. 7½ Uhr: Mitglieder-Versammlungen in Groß-Berlin

Wirtschaft

Die Leipziger Messe

Preisend mit viel schönen Reden . . .

Die Leipziger Messen, die bedeutendsten Musterausstellungen der Welt, sind immer ein gewisser Gradmesser für die deutsche Wirtschaft der nächsten Zukunft. Die eben beendete Leipziger Frühjahrsmesse läßt auf keine Hebung der Produktion schließen soweit sich die Konjunktur während der Sommerzeit nicht aus den Saisongewerben heraus hebt.

Die Besucherzahl allerdings wird wahrscheinlich die der Vorjahre übertreffen. Hindenburgs Lese und eine Unmenge großer Redner zogen Neugierige an. Aus dem Ausland waren 20 000 Besucher erschienen, die größte Zahl der letzten beiden Jahre. Amerika war seit 1914 das erste Mal wieder anwesend.

Rußland hatte eine geschickt aufgemachte und großzügige Rohstoffausstellung arrangiert und deutsche Unternehmen, so die AEG. und andere bei sich ausstellen lassen. Außerdem hatte Rußland, wie zu allen Gelegenheiten, eine Studienkommission nach Leipzig geschickt.

Einen Fortschritt bedeutet wieder die technische Messe und die technischen Ausstellungen. Die Technik, bezüglich größerer Leistungsfähigkeit, Normung, Typisierung, kurz die Rationalisierung wird zweifellos Fortschritte machen und noch Proletarier in großen Massen auf die Straße setzen. Das ist wohl die Lehre, die das Proletariat aus der Leipziger Messe ziehen kann.

Auf eine weitere Verelendung der Arbeiterklasse lassen auch die Umsätze schließen. Der Inlandsumsatz dürfte, soweit sich aus den Berichten bis jetzt schließen läßt, gegen das Vorjahr zurückgegangen sein. Und der Auslandsumsatz hat sich insgesamt nicht gehoben. Die Inlandsumsätze fanden nur in kleinen Posten statt die in früheren Jahren in der Hauptsache wohl durch Geschäftsreisende getätigt wurden.

Dem deutschen Kapitalismus guckt die Schwindsucht aus allen Knopflöchern. Die Messe war Zauber, Dekoration, Jahrmarkt, Rummel. Das Signum war: Viele Käufer, wenig Käufe. Abgesehen von Hindenburg, der seine „Reden“ stets so vorliest und richtig hält, wie sie ihm sein Bürodirektor aufgeschrieben hat, waren von der ganzen Messe das beste wohl die Reden.

Neben allen möglichen Verbandsdirektoren etc. redeten Curtius als Reichswirtschaftsminister und Reinhold als Reichsfinanzminister den Fabrikanten Mut zu, daß schon alles gut werde, da die Republik alle Anstrengungen mache auf Kosten der Arbeiterklasse für den Profit zu sorgen. So soll die Luxussteuer, die im Reinholdschen Finanzprogramm schon halb beseitigt ist, vollständig beseitigt werden. Demnach wird in Zukunft wohl der Hering, das Affenfett, die Margarine hoch versteuert werden, Austern, Kaviar, Sekt, Trüffeln aber bleiben steuerfrei — von wegen „Hebung der Wirtschaft“.

Von dem Gegenstück dieser Art Wirtschaftshebung von der Hebung des „Ansehens“ der deutschen Klassenjustiz haben wir schon berichtet, daß ein gewisser Dr. Simons, ein Kollege von Jürgens, das System Jürgens den staunenden Spießern und Ausländern als das richtige für den Kapitalismus demonstrierte.

Alles in den Schatten stellt Herr Krestinski, Rußlands Botschafter, was Rethorik anbelangt. Doch das muß man im Original lesen:

„**In den seither vergangenen drei Jahren ist die deutsche Wirtschaft dank der Stabilisierung der Währung gesundet.(!)** Wenn sie sich auch augenblicklich wieder in einer schwierigen Lage befindet, so kann diese doch durch **Gewinnung neuer Absatzmärkte** (aha!) behoben werden. In dieser Richtung können wir Ihnen zu Hilfe kommen. Sie dürfen **nicht vergessen, daß unsere Regierung der beste Käufer und der beste Zahler in der Welt ist.** Vor dem Kriege wurden unsere Fabriken meist von deutschen Maschinenfabriken eingerichtet. Auch heutet bietet sich der deutschen Maschinenindustrie in dieser Beziehung bei uns ein großes Feld. **Wir können die neu zu errichtenden Fabriken aber nicht mit barem Gelde aufrichten. Unsere Bestellungen hängen also von der Regelung der Kreditfrage ab.** Gelingt diese vielleicht mit **Hilfe des Reiches**, so ist der deutschen Maschinenindustrie für Jahrzehnte der Absatz gesichert.“ Herr Krestinski schloß mit der Hoffnung, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern, zwischen Hindenburg, Ludendorff, Krupp, Stumm, Vögler und Konsorten und den russischen „Kommunisten“, sich immer mehr festigen möchten.

Die Weisheit ist also die: Wenn das deutsche Kapital und die deutsche Regierung die deutschen Proletarier auspressen bis aufs Blut, ihnen den größten Teil des Arbeitslohnes vorenthalten und die Beträge Rußland pumpen, dann kann Rußland bezahlen und kaufen.

Herr Krestinski ist nicht so dumm, daß er an die „gesunde“ deutsche Wirtschaft glaubt, aber als Zellenbauer mußte er sich dem Geistesniveau der deutschen Redner in Leipzig anpassen. Gerade seines Geistes wegen wurde Herr Krestinski 1919 von seinen heutigen Leipziger Freunden krumm geschlossen wie ein Tier durch Deutschland transportiert und außer Landes geworfen. Wären damals nicht gerade eine Anzahl deutscher Offiziere in Rußland als Geißeln verhaftet gewesen, wäre er nicht lebend an die Grenze gekommen.

Der Bankrott Danzigs

Um dem großmäuligen preußischen Militarismus etwas die Flügel zu beschneiden, wurde die deutsche Seehafen- und Verkehrsstadt Danzig durch den „Friedensvertrag“ zu einem Zwitterstaat, zu einer „Freistadt“ gemacht. Und in der Tat, Danzig ist frei, vogelfrei könnte man sagen. Das Danziger Gebiet hat eine viel zu große Industrie für die eigene Bevölkerung, dagegen ein viel zu geringes Agrargebiet, um diese zu ernähren. Das angrenzende bankrotte Preußen und das noch bankrottere Polen sind nicht imstande, die Danziger Industrieprodukte aufzunehmen und deshalb mangelt der ringsum von Landwirtschaft umgebenen Stadt es an Mitteln, für ihre Bevölkerung Lebensmittel zu kaufen.

Danzig war schon zu Preußens „guter alter Zeit“ schlimm dran; der Seeverkehr, der Eisenbahn- und Verkehrsstraßendurchgangsverkehr warf nicht so viel ab, daß es sich gut erhalten konnte. Hatte Danzig doch schon vor dem Kriege die höchsten Steuern im ganzen Deutschen Reich (550 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommensteuer). Die Verhältnisse haben sich jetzt zur Unerträglichkeit zugespitzt. Die kleine Stadt hat 22 000 Arbeitslose, von denen nur 15 000 unterstützt werden. Aber auch diese Unterstützung geht über Danzigs Leistungsvermögen. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Ebbe in der Stadtkasse wächst, die hungernden Arbeitslosen und die schlechtbezahlten, fast bis zum Weißbluten ausgepreßten Arbeiter und Kleinbürger werden verdrießlich. Die Bourgeoisie rief nach dem starken Mann, da sie Unruhen und Schaden an ihrem Vermögen befürchtet. Hierzu hat sie nunmehr Ursache, als im Parlament die Kürzung der Beamtengehälter und Pensionen um 10 Prozent bevorstehen. Ferner sollten „Notstandarbeiten“ geschaffen werden, d. h. die Erwerbslosen sollen für ihre Bettelpfennige Arbeit leisten, unproduktive Arbeit, nur daß sie keine Zeit haben zu denken. Die Luft ist gewitterschwanger.

Daher hat die Regierung den Versuch gemacht, eine Art Senatsdiktatur zu errichten. Der Senat hat angeregt, ein Ermächtigungsgesetz zu bewilligen, wodurch der Senat für die Dauer eines halben Jahres das Recht erhalten soll, ohne die Mitarbeit des Volkstages selbständig Gesetze zu erlassen, mit der Einschränkung, daß dem Volksausschusse, einer aus wenigen Köpfen bestehenden Körperschaft, bei Aenderung bestehender Gesetze ein Einspruchsrecht zustehen soll. Durch die Ausschaltung des Volkstages soll es auf diese Weise möglich sein, alles durchzuführen womit dieser zwar einverstanden ist, wofür aber die Wähler nicht das richtige Verständnis aufbringen würden. Das Vertrauen zu den Parlamentariern und „Arbeitervertretern“ würde erschüttert deshalb geben die Herren den Weg des Ermächtigungsgesetzes, wie s. Zt. die deutsche Sozialdemokratie.

Aus der Bewegung

Das Eingeständnis der Schwäche

Am Mittwoch, den 24. Februar fand bei Böckers eine von der KAP. und AAU. einberufene öffentliche Versammlung statt. Ueber das Thema: „Das Arbeitslosenelend — Volksentscheid — was hat das Proletariat zu tun“, sprach ein Genosse vor einer überfüllten Versammlung.

Seine Ausführungen gingen dahin, daß das Proletariat die Aufgabe hat, mit allen Illusionen, auch der des „Volksentscheids“ zu brechen und versuchen muß, gegenüber den reformistischen Parolen der KPD., SPD. und Gewerkschaften eine Gegenströmung herbeizuführen.

In der Diskussion wurde der Referent noch durch die Ausführungen eines Genossen unterstützt, darauf kam die KPD. durch einen ihrer Mannen namens Wegener zu Worte.

Dieser durch und durch bolschewisierte Leninist der absolut nichts gegen die Ausführungen des Genossen der KAP. zu sagen wußte, erging sich lediglich in persönlichen Beschimpfungen gegen Leo Fichtmann, den er als Spitzel bezeichnete. Die Versammlung gab durch Abstimmung ihren Willen kund, die persönlichen Auslassungen nicht weiter anhören zu wollen.

Das nahmen die KPD.-Soldaten zum Anlaß, unter dem Gegröhle der „Internationale“ den Saal zu verlassen, um die Versammlung zu sprengen.

Wenn es ihnen auch möglich war, vordem unseren Genossen dank unserer nummerischen Schwäche uns in ihrer Dienstag-Versammlung in den Andreas-Sälen Zeitungen zu stehlen, damit ihre Parteischäfchen nicht angesteckt werden sollen, so wurde derselbe Versuch in unser Versammlung durch uns vereitelt. — —

2 Tage später fand im selben Saale eine vom Erwerbslosenausschuß einberufene Versammlung statt. Da der Referent sich verspätet hatte, so gab der „Ausschuß“ einen Tätigkeitsbericht.

Außer einer ohnmächtig gewordenen Frau auf dem Nachweis Stralauer Platz, der man kein Glas Wasser geben wollte, und **ergebnislosen Verhandlungen** mit den zu erobernden Gewerkschaften und den 52 Proz. sozialistisch-kommunistischen Stadtverwaltungen über die gesetzliche Anerkennung der Arbeitslosenausschusse konnten sie nichts nennenswertes berichten.

Der jetzt erschienene Referent Weber erklärte eingangs, das Proletariat in der Einheitsfront zusammengeschlossen, hat einen „Sieg“ erfochten.

Dieser Sieg bestand darin, daß die Kommunen in Oberschlesien sich bereit erklärten, den Arbeitslosen die Mittagspeisung zu verabreichen.

Wie ein roter Faden durchzog dieser Suppensieg das Referat von Anfang bis zu Ende.

Um diesen Sieg auch im übrigen Reiche zu erringen, propagierte er die Abhaltung von Demonstrationen mit einem Wunschzettel, der den meisten unserer Genossen bekannt ist und der mit der „Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß“ endet.

Nach dem Referat, das fast 2 Stunden dauerte, um offenbar die Diskussion zu verhindern, nahm der Versammlungsleiter, der in unserer Versammlung für die KPD. gesprochen hatte und jetzt eben Versammlungsleiter war, das Wort.

Er bezeichnete die KAP.-Genossen nach dem Vorbild der „Lügen-Fahne“ als Räuber und Halunken, die nur Lügen verbreiten, beispielsweise soll der Reichstagsabgeordnete Schnetter ein Denunziant sein usw.

Nach dieser Progromrede ließ er darüber abstimmen, ob die KAP. in der Diskussion sprechen dürfe. Die anwesenden Proletarier stellten sich das Armutszeugnis aus daß tatsächlich bei ihnen die Angst vor dem kritischen Geist der anwesenden 4 KAP.-Genossen überwog. Nur mit Mühe und Not konnte ein Genosse durch die Geschäftsordnung das Wort zu einer kurzen Erklärung erhalten) Er wies die Angriffe als erstunken und erlogen zurück. Das Proletariat, das heute noch durch den Einheitsfrontrummel verblödet wird, wird jedoch, wenn es durch die Verhältnisse zur Erkenntnis seiner Lage kommt, bittere Rache an denen nehmen, die es in der Wüste herumführen und verblöden.

Schnetter als Denunziant zu bezeichnen, ist wohl sehr mild. Der Herr hat in Halle Jugendgenossen dem Polizeipräsidenten denunziert und dafür eine hohe Geldsumme erhalten. So was nennt man im klassenbewußten Proletariat Spitzel. — Pfui Deibel. (Red.)

Vom „Verein der Freidenker für Feuerbestattung“

Ein Genosse schreibt uns:

Im „Verein der Freidenker für Feuerbestattung“ fanden Ende Februar in allen Bezirken anläßlich der bevorstehenden Generalversammlung Mitglieder-Versammlungen statt, die zum Teil sehr stürmisch verliefen.

In einigen Bezirken spielte die KPD. eine recht unrühmliche Rolle durch Einbringung ihrer sattsam bekannten Anträge, wie Entsendung einer Delegation nach Rußland oder Eintritt in den Ausschuß für Fürstenenteignung usw. Was das allerdings mit Feuerbestattung und Freidenkertum zu tun hat, konnten sie selbst nicht begreifen und so wurden aus diesen Versammlungen rein politische, in denen sich die SPD. und KPD. über ihre Fehler heiß redeten. Auch die Delegiertenwahl zur Generalversammlung fand z. T. unter dieser Devise statt.

Weiterhin wären noch einige wissenswerte Dinge zu erwähnen, die ein recht bezeichnendes Licht auf die Vereinsleitung werfen. So wurde in einem Bezirk behauptet, der Verein hätte dem „Vorwärts“ ein Darlehen von 75 000 Mark gegeben und daß, obwohl man immer eine politische Neutralität betone. Merkwürdigerweise sprach der 1. Vorsitzende, der bald darauf zu Wort kam, nichts davon, ob es richtig oder falsch sei.

Im Bezirk Osten gab es erregte Debatten über die Tätigkeit des Vorstandes und Geschäftsführers. Es wurde die Art und Weise glossiert, wie mitunter Mitgliedern Briefe geschrieben werden. Ferner die fristlose Entlassung zweier Angestellte im Oktober v. J., was allgemeine Entrüstung hervorrief. Da es sich um einen Genossen unserer Organisation und einen der AAUE. handelt, so sei noch etwas näher darauf eingegangen.

Die Entlassung erfolgte auf Grund eines Fehlers des Genossen unserer Organisation. Obwohl es sich um keinerlei ehrenrührige Dinge handelte wurden die beiden (von denen der Genosse der Einheitsorganisation noch dazu ganz unbeteiligt war), wie Hunde auf die Straße geworfen, ein Zeichen, daß man sie los sein wollte, schon ihrer politischen Gesinnung wegen. Inzwischen hat man noch nach anderen Gründen gesucht. Personalkommission, Vorstand und Aufsichtsrat als Beschwerdeinstanz sind selbstverständlich einer Meinung. Immerhin hat der Instanzenweg volle drei Monate gedauert. Nur die bürgerlichen Richter waren „sozialer“ als die „sozialdenkenden“ Führer des Vereins. Etwa 1100 Mark Proletariergelder kostet dem Verein der „Spaß“. Als Kuriosum wäre noch zu erwähnen, daß als Vereinsverteidiger der sozialdemokratische Fürstenverteidiger Heine nebst Kompagnon fungierte.

Das Verlangen auf Zeugnisänderung wurde von den edlen Herren in gehobener Position ursprünglich abgelehnt, später in einem Falle nach 4 Monaten erfüllt, im anderen immer noch nicht.

Ein Maulaufreißer einer der Hauptbefürworter der Entlassung ist inzwischen aus dem Verein gegangen worden: man sagt, unsaubere Hände. Der Vorstand wird es genauer wissen.

Nimmt es Wunder, daß die Versammlung nach der allgemeinen Entrüstung dem Vorstand das Mißtrauen ausspricht?

Soviel heute über einen „sozialen“ Betrieb mit „proletarischen Arbeitgebern“.

„Findet die Fürsten ab!“
heißt:

Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine parlamentarischen Korruptionsnester, an die sich die Fürstenknechte der Landsberg-Scheidemann-Heckert-Böttcher-Klique klammern um Euch weiter am Narrenseil zu führen.

Lest die revolutionäre Presse!
die die Waffe ist im Kampf gegen die Schwindelparole
„Volksentscheid“

Staßfurth

Am 6. März berief die KAPD., Ortsgruppe Aschersleben, in Staßfurth eine öffentliche Versammlung ein. Dort bestand bis dahin eine Ortsgruppe noch nicht, und es ist zu begreifen, daß nach dem Referat eines unserer Genossen der Ortsvorsitzende der Gewerkschaften auftrat und meinte, daß, wenn „Zersplitterung“ in Staßfurth einreißt, die Gewerkschaften nicht mehr so gut für die Proletarier sorgen könnten. Die Unfähigkeit, die im Referat behandelten Probleme auch nur zu begreifen, bewies der alte Herr dadurch, daß er nicht darauf einging. Er überhörte auch, wie unser Genosse analysierte, daß das System der Gewerkschaften und Parlamentsparteien das Proletariat geistig und organisatorisch der Führerbourgeoisie ausliefert, die eben infolge ihrer gehobenen gesellschaftlichen Stellung gar keinen Berührungspunkt mit dem Proletariat mehr haben kann und in Stunden der Entscheidungen immer Verrat üben muß, was der Referent an der Kriegspolitik und der Revolution bewies. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Verbohrtheit und Verständnislosigkeit der alten Knacker nicht immer Böswilligkeit ist, sondern in den meisten Fällen eine Frage mangelnder Gehirnsubstanz. Das Gehirn wird eben auch im Alter nicht besser; im Gegenteil, der kleine Rest verkalkt noch.

Als zweiter kam ein sogenannter KPD.-Mann. In Berlin oder anderen Städten würden die Genossen der KPD. selbst ganz energisch von einem solchen Schwätzer abrücken, der seiner Partei einen Bärendienst dadurch wies, daß er „theoretisch“ wurde. Er führte aus, daß der „Volksentscheid“, wenn er parlamentarisch durchgeführt würde, die Enteignung der Fürstenvermögen bringen **müsse, weil ihre Parlamentsvertreter schon darüber wachen werden!** Nachdem er noch alle möglichen Faxen von der „Zersplitterung“ erzählte, zog er freudestrahlend ab in dem Bewußtsein, daß der alte Herr Vorsitzende der Gewerkschaften wohl mit ihm zufrieden sein könne. Er konnte das auch, denn einmal brauchte er nicht jeden Unsinn decken, weil dieses Herrchen sich ja als „Kommunist“ vorstellte und zum zweiten legte er sich warm für die Gewerkschaften ins Zeug.

Nachdem der Referent mit den beiden, dem Gewerkschaftspapa und seinem jungen Mann, abgerechnet hatte und die Vorgänge in der KPD. einer kritischen Würdigung unterzog, — was die anwesenden „Roten Frontkämpfer“ und KPD.-Mitglieder sehr aufmerksam anhörten, — kam ein KPD.-Genosse an uns heran und erklärte, daß er auf unserem Boden stände und die Ausführungen seiner eigenen Genossen ihn überzeugt hätten, daß die KPD. von Phraseuren beherrscht würde und rettungslos verloren sei. Wir können selbstverständlich nichts dagegen haben, wenn die KPD. auch weiter die besten Elemente abstößt. Wir werden ihr noch sehr oft dazu Gelegenheit geben. Und unsere Genossen werden dafür sorgen, daß die „ortsfremden Elemente“ auch in Staßfurth bald einen Stützpunkt haben werden, von dem aus sie noch besser als bisher den Gewerkschaftsspießern ihre Nachruhe rauben werden.

Mitteilungen

Groß-Berlin

Arbeitsnachweis Gormannstraße und Ackerstraße. Am Dienstag, den 16. März 1926, vormittags 12 Uhr, im Lokal Linienstraße 52, Fraktions-Sitzung. Jeder Genosse muß erscheinen.

7. Unterbezirk (Charlottenburg). Freitag, den 12. März, abends 7½ Uhr, Mitgliedrversammlung bei Jakob, Galvanistraße 7. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

14. Unterbezirk. Freitag, den 12. März, Mitgliederversammlung. Thema: **Die Suggestion als gesellschaftliche Macht. KAZ.-Leser und Sympathisierende sind einzuladen.**

17. Unterbezirk. Freitag, den 12. März, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung. Thema: **Erziehung und Klassenkampf. KAZ.-Leser und Sympathisierende sind einzuladen.**

„Rote Jugend“
Märznummer (Nr. 2—3) soeben erschienen.
12 Seiten. — Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch alle Gruppen der KAJ. und die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin, Warschauer Straße 49.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto [illegible]-Berlin.
Gedruckt in der Buchdruckerei Willy [illegible], Berlin O 17, Langestr. 79.

7. Jahrg. Nr. 21 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

März 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Proletarier, erkennt Eure Feinde!

Arbeiter! Klassengenossen!

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter! Die Rationalisierung dauert an! Der Lohnabbau geht weiter! Die Kapitalsoffensive dauert mit unverminderter Heftigkeit fort.

Es ist nicht die geringste Aussicht auf eine nennswerte Milderung der Krise vorhanden, im Gegenteil, ein großer Teil unserer Klasse ist dem größten Elend, dem direkten Hungertod preisgegeben!

Was ist die Ursache dieser Krise?

Der Kapitalismus kann den Widerspruch von Produktion und Absatz nicht mehr mildern. Die Welt ist aufgeteilt. Mit der Erweiterung der Produktionsbasis geht die Verengung des Absatzmarktes. Mit jeder technischen Verbesserung des Produktionsapparates, mit der Rationalisierung, mit der gesteigerten Ausbeutung des Proletariats geht Hand in Hand die Abstoßung der überflüssig gewordenen **lebendigen** Produktionsmittel. Millionen Arbeiter fliegen auf die Straße, aus den Wohnungen, bevölkern die Asyle, liegen wie räudige Hunde in kalten Winternächten auf dem Pflaster. **Das Proletariat geht schon den Weg in die Barbarei!**

Nicht nur in Deutschland!

Das englische Kapital bereitet sich erneut zum Kampfe um neuen Lohnabbau vor. Die polnische Bourgeoisie hat ein Schreckensregiment gegen das Proletariat aufgerichtet. Das französische Kapital beginnt sich mit wahrer Gier in die Inflation zu stürzen, und hat das Hemmnis der kleinbürgerlichen Briand-Regierung gestürzt, um die Enteignung der Mittelschichten vorzunehmen, um durch Inflationslöhne konkurrenzfähig zu bleiben. Die bulgarische Banditenregierung hat 40 Todesurteile gefällt. In Rußland ist jeder sechste Arbeiter arbeitslos!

Die Krise verschärft sich national und international! Proletarier!

Der kapitalistischen Offensive begegnen heißt die Ausweglosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise erkennen. Heißt erkennen, daß die herrschenden Klassen sich mit allen Mitteln am Ruder halten wollen. Heißt erkennen, daß die kapitalistische Klasse ihre Profitrate halten will, durch gesteigerte Ausbeutung. Heißt erkennen, daß der Kapitalismus seine charakteristischen gesellschaftlichen Merkmale in gesteigertem Maße reproduziert, die da sind:

Auf der einen Seite:

Kapitalprofit in immer wenigeren Händen, Ueberfluß, Wohlleben, Prasserei und Schlemmerei; damit die geistigen und materiellen Machtmittel zur Niederhaltung des Proletariats: geistige Verdummung, politischer Terror, Klassenjustiz — das Recht der Kapitalistenklasse —; Skrupellosigkeit und damit Korruption, Bestechung, moralischer Verfall, stinkende Fäulnis, Borniertheit und Gemeinheit.

Auf der anderen Seite:

Gesteigertes Elend, Krankheit, Schwindsucht, Arbeitslosigkeit, den Massenmord an der proletarischen Klasse durch die trockene, demokratische Guillotine, den Hunger, Rechtlosigkeit und Vogelfreiheit gegen das klassenbewußte Proletariat.

Die Erhaltung der kapitalistischen Republik heißt Erhaltung und Verewigung dieses Zustandes, heißt für die Arbeiterklasse das Todesurteil aussprechen!

Erwacht aus eurer demokratischen Betäubung!

Ihr könnt euer Elend nicht mildern, wenn ihr die davongelaufenen Fürsten, die Hohenzollern enteignet mit Hilfe der Verfassung der kapitalistischen Klassen und diese Werte der Kapitalsrepublik überlaßt. Ihr könnt durch den „Volksentscheid“ im Höchstfalle eine Vermögensverschiebung innerhalb der besitzenden Klassen vornehmen — niemals zu Gunsten des Proletariats! Ihr könnt durch kapitalistisch-demokratische Mittel niemals den Druck der kapitalistischen Klassen gegen das Proletariat mildern. Niemals bekommt durch irgend eine Vermögensverschiebung ein Obdachloser eine Pritsche, ein Hungernder ein Stück Brot, ein krankes Proletarierkind die nötige Pflege, ein Arbeitsloser Arbeit.

Die Parole „Volksbegehren“, „Volksentscheid“ sind ein groß angelegter sozialdemokratischer Schwindel, um euch von der wahren Lage, von euren wirklichen Aufgaben abzulenken. Sie sind praktische Hilfeleistung für das Kapital, sie sollen für euch eine Binde um die Augen sein, damit ihr blind und ohnmächtig dem Weltgeschehen gegenübersteht, damit ihr euren **wahren** Feind, euren **Erzfeind**, euren **Todfeind**, den **Kapitalismus selbst nicht angreifen könnt!**

Proletarier Deutschlands!

Besinnt euch einmal! Gab es im Kriege, nach dem Kriege eine Schurkerei am Proletariat, bei der Sozialdemokratie und Gewerkschaften ihre Hände **nicht** im Spiele hatten? **Nein!**

Glaubt ihr, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften hätten ihren Kurs geändert? Nein! Sie haben mal als Regierungspartei Gelegenheit gehabt, die Hohenzollernbanditen zu enteignen, und haben es nicht getan, **weil sie an der Futterkrippe** saßen. Sie mißbrauchen heute die Massen **um an die Futterkrippe zu kommen.** Die sächsische „Arbeiterregierung“ mit Zeigner, Böttcher, Heckert, Brandler versuchte noch zwei Tage vor ihrem Auffliegen durch Seeckt, während die Hamburger Proletarier verbluteten, dem „sächsischen Königshause“ ungeheure Werte in den Rachen zu werfen. Die Führer der KPD. und SPD. haben sich hundertmal als erbärmliche Fürstenknechte bewährt, wie sie sich heute, wo die Bourgeoisie selbst die letzten Reste der Monarchie liquidieren will, als Kapitalsknechte und Arbeiterverräter bewähren. Die KPD. ist heute stolz auf ihre Rolle als Zuhälter der SPD. Sie löst ganze Ortsgruppen auf, die gegen den Stachel löken, stiehlt — wie in Hannover — den Mitgliedern ihre Zeitung mit Hilfe der Schupo — weil Rußland für seinen kapitalistischen Aufbau die Einheitsfront mit dem Kapital und seinen Knechten braucht.

Proletarier, Klassengenossen!

Laßt euch nicht länger am Narrenseil führen! Begreift: das Proletariat hat eine **historische** Aufgabe zu erfüllen. Das Proletariat muß sich vorbereiten **zum letzten Kampf gegen den Kapitalismus! Zum Kampf um die Uebernahme der Produktion durch das Proletariat!** Das Proletariat muß sich vorbereiten, um durch **die revolutionären Räte** des Proletariats seine **Arbeiterdiktatur** aufzurichten!

Das Proletariat muß die Organisationen, die durch ihr eigenes Wesen immer neue Krippenfresser am Kapitalismus züchten — die Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien verlassen und sich als **Klasse** organisieren. Es muß seine Geschicke **selbst** in die Hand nehmen, um die Front der Klassensolidarität zu schmieden.

Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!

Proletarier! Macht Front gegen eure gefährlichsten Feinde, die Feinde in euren eigenen Reihen!

Laßt die Hausdiener der Bourgeoisie allein mit der Bourgeoisie!

Die Aufgabe des Proletariats ist die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution — **nicht** die parlamentarische Komödie. **Der revolutionäre Klassenkampf, die proletarische Diktatur, der Kommunismus der einzige Ausweg aus der kapitalistischen Barbarei!**

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.
Geschäftsführender Hauptausschuß.

Völkerbundsallerlei

Vor seiner Reise nach Genf hat der deutsche Reichskanzler mehrfach die Gelegenheit wahrgenommen, um der staunenden Welt das hohe Lied von dem Wiederaufstieg Deutschlands zu verkünden. Deutschland als Machtfaktor und als Großmacht, mit der man rechnen muß, sollte noch einmal vor der Aufnahme in den Völkerbund präsentiert werden. Die wichtigste Rede war im Verband der auswärtigen Presse. Sie ist auch charakteristisch für die Art und Weise, in der sich im Schirm eines der prominentesten Vertreter des deutschen Kapitals der Prozeß abspielt, den die Wirtschaft seit der Ueberwindung der Inflation durchgemacht hat.

In der Außenpolitik wird der Sieg der Verständigungspolitik gefeiert. Nach Locarno, das als der Anfang der glorreichen Epoche gefeiert wird, bildet der Eintritt in den Völkerbund den Abschluß des Boykotts gegen Deutschland. Gereinigt zieht der deutsche Sünder in die heiligen Hallen des Friedenstempels ein. Die unentwegten Imperialisten nennen es den Gang nach Canossa und kapitulieren vor dem Ententekapital. Dagegen begrüßen die „positiven“ Aufbauer es als einen kaum faßbaren und nicht hoch genug einzuschätzenden Erfolg, daß das deutsche Kapital sich durch gute Führung den Platz an der Sonne des Völkerbundes erschlichen hat. Sie hoffen, daß sie den Kampf gegen das Ententekapital am besten in der Form der Zellentaktiker führen, während die Unentwegten zwar die Arbeit der Positiven ausnutzen und auf ihr wirtschaftlich fußen, aber die imperialistische Phrase weiter im Munde führen und durch sie erst die Erfolge der Positiven ermöglichen. Beide Gruppen arbeiten sich gegenseitig in die Hände. Durch die Sabotage und das Geschrei der Völkerbundsgegner ist es gelungen, die Bedingungen für die Aufnahme in die „Gemeinschaft der Zivilisation“ günstiger zu gestalten. Die außenpolitische Linie konnte daher, wie Luther mit Recht hervorhebt, konsequent innegehalten werden. Sie war durch die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands bestimmt. Solange das deutsche Kapital nicht auf eigenen Füßen stehen kann, ist es mehr oder weniger gezwungen, sich seine Außenpolitik vorschreiben zu lassen. Die Verwirklichung seiner imperialistischen Pläne hängt davon ab, daß es innerlich wirtschaftlich erstarkt. Seine Geltung im Völkerbund gründet sich auf seine wirtschaftliche Position, andrerseits darf es auf seine neue Kraft nicht zu sehr pochen, da dies auf die Reparationsleistungen ungünstig wirken könnte. Der Völkerbund ist vorläufig die einzige Plattform, auf der es eine Revision des Versailler Vertrages erreichen kann. Es muß sich daher in voller Rüstung und mit einem überschwenglichen Glauben an Recht und Gerechtigkeit bewaffnet zum Kampf präsentieren. Man könnte vielleicht annehmen, daß ein solcher Genosse den ehrenwerten Mitgliedern des Völkerbundes nicht recht sei. Bei gewissen Mitgliedern dürfte dies zweifellos der Fall sein. Andrerseits unterwirft sich aber das deutsche Kapital mit seinem Eintritt dem Willen und der Kontrolle seiner gemeinsamen Gegner. Es ist auch eine alte kapitalistische Regel, den Außenseiter durch Aufnahme in die Interessengemeinschaft unschädlich zu machen. Er muß die Ehre des Eintritts in den Orden mit dem Verlust seiner Selbständigkeit bezahlen. Das deutsche Kapital geht durch den allgemeinen Handelsboykott und durch die Hochzollschutzpolitik des Auslandes zugrunde. Sein letzter Rettungsanker ist der Völkerbund, dessen Satzungen ihnen jede imperialistische Politik bei Todesstrafe verbieten. Es macht diesen Schritt, weil die Voraussetzung jedes Kampfes in der Stabilisierung der Wirtschaft liegt. Erst Aufbau und dann Kampf. Nicht zuletzt aus diesen Gründen liegt der Schwerpunkt in der Innenpolitik. Der Binnenmarkt ist der Schauplatz, auf dem sich der Kampf um den Profit konzentriert. Dies hat Luther insofern anerkannt, als er erklärt, „es gibt kein politisches Geschehen, das nicht von den Finanzzuständen entscheidend mitbestimmt wäre.“ Die Finanzlage hat gerade das deutsche Kapital veranlaßt, sich als einem unbedingten — wenigstens nach außen — Anhänger des Völkerbundes zu gebärden. Die Treue zum neuen Vaterland hat Luther in seiner Hamburger Rede unter deutlicher Bezugnahme auf die sozialdemokratische Ideologie der Augusttage 1914 in die klassischen Worte zusammengefaßt: Deutschland wird sich in der Wahrnehmung der Völkerbundsinteressn von keinem anderen Staat übertreffen lassen.“ Die Bedeutung dieser neuentdeckten Liebe ist natürlich, daß Deutschland allein einen Sitz im Völkerbundsrat erhält und nicht etwa durch eine Aenderung in der Zusammensetzung der Mitglieder der deutsche Einfluß aufgehoben wird. Man fürchtet vor allem eine Durchkreuzung durch das italienische Kapital, welches

jetzt durch den Eintritt Deutschlands die Vereinigung zwischen Deutschland und Deutschösterreich beschleunigt sieht. Der Feldzug gegen Italien war einmal eine Abwehr gegen dessen imperialistische Vorstöße und dann auch eine Vorbereitung sowie Stärkung der Irredentabewegung im italienischen Tirol.

Der deutsche Ratssitz war und ist auch gleichbedeutend mit einer Interessenvertretung Deutschöstereichs im Völkerbund. Diesem kommenden Zusammenschluß des Deutschtums will das italienische Kapital einen lateinischen Block entgegenstellen. Dieser soll durch Jugoslawien und vor allem Polen gestützt werden. Die Aufhetzung Polens ist für Italien um so leichter, als das deutsche Kapital offen erklärt hat, es verlange und erstrebe eine Aenderung seiner Ostgrenzen. Auf der anderen Seite wehrt sich Deutschland gegen einen polnischen Ratssitz, weil dadurch der Widerstand gegen seine Ostpläne gestärkt würde. Es hat hier die Unterstützung des englischen Kapitals, das in den neuen Mussolinischen Plänen eine Wiedergeburt der Poincaréschen Pläne auf Aufrichtung einer französischen Vorherrschung auf dem Kontigent erblickt. Die kaum und mit vieler Mühe zusammengeflickte deutsch-französische „Verständigung" unter englischer Oberhoheit, würde wieder zusammenfallen. Unter diesen Umständen verdichtet sich beim deutschen Kapital immer mehr die Idee, den Aufbau der Wirtschaft aus eigener Kraft unter Ausnutzung der gesamten noch vorhandenen Mittel durchzuführen. Es galt aus der Not eine Tugend zu machen. Dem Ausland sollte vor Augen gestellt werden, daß das Werk der Stabilisierung ohne seine Hilfe zustande gekommen ist und auch fortgesetzt werden kann. Auf diesen Gesichtspunkten war die letzte schon zu Anfang zitierte Rede Luthers aufgebaut. Es ist wirklich nicht notwendig, Herrn Luthers Selbstbeweihräucherung ernst zu nehmen. Die ganze plumpe Ueberheblichkeit und Wichtigtuerei eines ahnungslosen oder für Ahnungslose bestimmten nationalökonomischen Analphabeten grinst einem aus diesem Rückblick entgegen. Er spricht von der finanziellen Selbstrettung des deutschen Volkes. Sie liegt in der berühmten Rentenmark. Eine weitere Ruhmessäule ist die Herstellung des Gleichgewichts im öffentlichen Haushalt, die nach Luthers eigenen Worten auf Gewaltmaßnahmen aufgebaut ist. Deutscher Finanzkunst d. h. der enormsten Ausbeutung des Proletariats ist es gelungen, die Währung stabil zu halten. Es wird selbstverständlich verschwiegen, daß all diese Kunststücke zu einem völligen Zusammenbruch der Wirtschaft geführt haben. Man erklärt nur, versehentlich sei die Schraube zu scharf angezogen worden. In Zukunft müsse das Kapital mit Steuern weitestgehend verschont werden. Dann sei der Schaden repariert. Den armen ausgesogenen und ausgepreßten Kapitalisten muß geholfen werden. Dieses Wirtschaftsprogramm werden wir noch einer besonderen Würdigung unterziehen müssen. Vorläufig wollen wir nur die außenpolitischen Pläne des deutschen Kapitals und die ihnen entgegenstehenden Schwierigkeiten behandeln.

Der Kampf der letzten Wochen drehte sich im wesentlichen um die Haltung des französischen Kapitals. Es versucht weniger la fortune. Der Eintritt Deutschlands hat die „Kleine Entente" gesprengt, weil dadurch die unbedingte Vorherrschaft Frankreichs erschüttert wurde. Das englische Kapital hat sich einen Bundesgenossen in den Völkerbund hereingeholt. Die Siegerstaaten sind gespalten. Der englische Kredit ist unentbehrlich, aber er soll mit Willfährigkeiten gegen Deutschland bezahlt werden. Die französische Herrschaft war besser. Sie zahlte mit klingender Münze für jede Unterstützung. Jetzt sollen aber die Bundesgenossen für den gewährten Kredit ihrerseits bluten. Sie haben sich daher um Frankreich noch einmal versammelt und eine Vorkonferenz in Paris abgehalten. Die nationale französische Presse predigt die Einkreisungspolitik gegen Deutschland. Der Erfolg war der

Oeffentliche Versammlung

Donnerstag, den 18. März 1926, abends 7 Uhr,
im „Reichenberger Hof", Reichenbergerstraße 147.
Thema:
„Volksentscheid — Einheitsfront — u. die Arbeiterklasse!
Freie Aussprache.

Sturz Briands, der die imperialistische Ohnmacht Frankreichs infolge des finanziellen Zusammenbruchs begrüßt und eine augenblickliche Offensive für unmöglich hält. Zwei Tage nach seiner in der Kammer stürmisch aufgenommenen Völkerversöhnungsrede, kurz vor der Abreise nach Genf, mußte er kapitulieren. Die Furcht vor dem deutschen Kapital, verbunden mit der Sucht nach neuen Annexionen, hat alles Gerede vom Frieden verstummen lassen. Der europäische Vulkan hat wieder seinen Ausbruch gehabt. Die glühende Lava hat sich auf das Proletariat ergossen. Der Völkerbund ist nur die vorläufig beste Form der Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die kapitalistischen Gegensätze lassen sich nicht überkleistern. Der Völkerbund ist nur ein Machtinstrument in den Händen des anglo-amerikanischen Kapitals. Er ist die legale Frucht der zusammengebrochenen europäischen Wirtschaft, für die der Krieg noch ein Luxus ist. Das Proletariat wird sich nicht über den Charakter des Völkerbundes täuschen lassen. Sein machtpolitischer Charakter liegt zu offen zu Tage.

Politische Rundschau

„Eine prachtvolle Logik"

Die KPD. als Hausknecht der Bourgeoisie.

Die Auseinandersetzung des Kleinbürgertums mit den monarchistischen Ueberbleibseln entbehrt natürlich nicht recht heiterer Momente. Wer sich nach ein paar Jahren wieder einmal die Illustrationen der „Roten Fahne" und ihrer Kopfblätter besieht, wird genau nach dem Datum sehen müssen. Wenn er dort die grimmig entschlossenen Gesichtszüge eines „Roten Frontkämpfers" bewundert, wie dieser auf seinem Rade, den Sturmriemen unterm Kinn, die Hundeleine majestätisch um Schulter und Rippen in voller Uniform voller Todesverachtung dahinfliegt, Meldungen erstattet, Verbindungen herstellt, usw., so wird der Leser zweifellos glauben, daß er hier eine Momentaufnahme der Spartakus-Tage oder des mitteldeutschen Aufstandes vor sich hat. Erst Datum und Text werden ihn überzeugen können, daß es sich hier um einen sozialdemokratischen Wahlschlepper handelt, und Uniform und Gebärde lediglich Maskerade ist, die nun einmal zu allem Theater gehört.

Auf derselben Höhe steht auch die Argumentation. Die rechtsstehende Presse möchte die KPD. und SPD. immer noch ein bischen als Bürgerschreck hinstellen. Sie weist darauf hin, daß, wenn hier ein Präzedenzfall in Bezug auf Enteignung geschaffen würde, man nicht wüßte, ob nicht durch die Weimarer Verfassung eines schönen Tages der ganze Kapitalismus enteignet und mit dem Stimmzettel totgeschlagen werden könnte. Da haben sie aber kein Schwein. **Die „Rote Fahne" rückt davon weit ab.** Sie erklärt dazu in ihrer Nummer vom Freitag, den 5. März folgendes:

„Eine geradezu prachtvolle Logik, die auch auf einem anonym verbreiteten Flugblatt „Recht oder Raub" vertreten wird: „Wenn die Arbeiter die Fürsten enteignen, werden sie auch nicht vor der Kirche halt machen. Haben sie erst die Kirche enteignet, kommen die Großkapitalisten dran. Danach die kleinen Geschäftsleute." Hier macht die kaisertreue Presse wohlweislich halt. Denn die Fortsetzung müßte konsequenterweise lauten: **Haben die Arbeiter die kleinen Geschäftsleute enteignet,** dann enteignen sie die **Angestellten.** Und nach den Angestellten die **Arbeiter.** Womit der Blödsinn, die Volksentscheidungsbewegung als **Bürgerschreck** hinzustellen, genügend gekennzeichnet ist."

Wir waren bisher immer der Meinung, daß der Kampf der Arbeiterklasse ein Kampf **für die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsmittel** ist. Wir haben ferner geglaubt, daß das **Kapital,** die kapitalistische **Klasse** eine **gesellschaftliche** Macht darstellt, und daß der Kommunismus **die Lehre von den Bedingungen des Befreiungskampfes des Proletariats** aus der kapitalistischen Ausbeutung ist. Wir sind der Meinung, daß die Kommunisten es verschmähen sollten, ihre wahren Absichten zu verbergen. Vielmehr haben die Kommunisten die Aufgabe, den ausgebeuteten Proletariern — auch den Stehkragenproletariern — zum Bewußtsein zu bringen, daß nur der Sturz des Kapitals, die Expropriation der Expropriateure, das Proletariat vor dem Untergang bewahren kann, **und die Bourgeoisie alle Ursache hat zu erschrecken,** um so mehr, da sie unfähig ihre eigene „Ordnung" zu meistern, um ihre Herrschaft zu halten lieber Millionen Proletarier zu Grunde gehen läßt.

Es kennzeichnet die Politik der KPD., daß sie das Klassenziel des revolutionären Proletariats **lächerlich** machen muß, preisgeben muß, um es nicht mit ihren sozialdemokratischen Bettgenossen und dem Spießer zu verderben. Ihre Logik ist die der Kleinbürger selbst, und wirklich prachtvoll. Ihre Angst, den Bürger noch zu schrecken, ist wirklich ganz unbegründet. Sie ist der offene Feind des klassenbewußten Proletariats, der Hausknecht der Bourgeoisie.

Die vornehmsten und wichtigsten Beamten

Kürzlich fand hier eine Tagung der Polizeibeamten-Verbände statt. Wie das so üblich, waren auch allerlei Ehrengäste geladen und erschienen. Als Vertreter der Regierung sprach der Ministerialdirektor Abegg. Dieser Mann der wohl wissen muß, über wieviele Millionen der Staat so verfügen kann, sagte in seiner Ansprache an die Grünen unter anderem etwa folgendes:

„Die Regierung sei in der Lage, das, was technisch notwendig ist, auch durchzuführen. Unter zwei Dingen leidet die Polizei besonders, unter der schlechten Besoldung und unter dem Umstand, daß die Leute nach 12-jähriger Dienstzeit entlassen werden. Das neue Gesetz wird die Vorschläge des Verbandes fast voll berücksichtigen. Die Zahl der lebenslänglichen Stellen wird bedeutend vermehrt werden. Es werden allerdings dann auch die übrigen Beamten kommen und ebenfalls eine Erhöhung ihrer Löhne verlangen. **Der Polizeibeamte ist aber der vornehmste, wichtigste und verantwortungsvollste, den es zur Zeit gibt, schon deshalb ist eine Sonderstellung sehr berechtigt.**"

Wir wissen nicht, ob der Herr Ministerialdirektor Mitglied der „roten Fraktion" der Schupo ist. Wir wissen nur, daß er mit seinen Sorgen für die Schutzgarde des Kapitalismus die volle Unterstützung der KPD. hat. Die KPD. kann also beruhigt sein.

•

Wie wir der „Voss. Ztg." entnehmen, ereignete sich in Dresden folgender sonderbare „Unfall": Beim Aussteigen aus der Straßenbahn entfiel dem Polizeioberwachtmeister Krentz sein Revolver. Die Waffe entlud sich und verwundete die Schlosserwitwe Wilde tödlich. Böse Zungen behaupten, der Kerl wäre total besoffen gewesen.

Abrüstung

Ein Dr. Simons hielt kürzlich einen Vortrag über dieses Thema. Hiernach besteht dieses Problem bereits seit dem 16. Jahrhundert. In der jüngeren Zeit aber noch vor dem letzten Kriege, fanden dann die beiden Konferenzen im Haag statt. Die ersten praktischen Ergebnisse brachte der Friedensvertrag von Versailles, wo den unterlegenen Staaten eine wesentliche Einschränkung ihrer Rüstungen diktiert wurde. Der Völkerbund, der jetzt in Genf tagt, bekennt sich in dem Artikel 8 grundsätzlich zu einer vollständigen Abrüstung. Es sind sogar schon Fragebogen an die einzelnen Mächte gesandt worden, worin die Beantwortung hierauf bezüglicher Fragen gewünscht wird. Na also!

Dem stellen wir gegenüber einige Nachrichten bürgerlicher Blätter der letzten 14 Tage. Amerika baut 2 große Zeppelin-Luftschiffe mit je etwa 500 Mann Besatzung und großkalibrigen Geschützen. Die Kosten für beide Luftschiffe sind auf 420 Millionen Mark veranschlagt. Außerdem sieht das Programm für die nächsten fünf Jahre den Bau von 2200 Flugzeugen vor, das sind pro Woche 9 Stück. An Schiffen besitzt Amerika 102 große und 586 „kleinere" Kriegsschiffe. England hat 96 große und 240 kleinere Kriegsschiffe. Frankreich verfügt über 35 große und 211 kleine. Italien über 27 große und 203 kleine. Rußland über 16 große und 133 kleine Kriegsschiffe. Von Deutschland fehlen uns im Augenblick die genauen Zahlen. Im neuen Etat wurden 2 Kreuzer und 7 Torpedoboote verlangt. Daneben laufen noch so besondere Spesen. So kommt aus Stolp die Nachricht, daß dort ein Angestellter der Heeresverpflegungsstelle 40 000 Mark gemaust hat.

Zu verzeichnen ist noch, daß ein Teil der Marsjünger sich selbst umbringt. Im Jahre 1925 endeten in der deutschen Reichswehr 129 Mann durch Selbstmord. Dazu kommen noch allerlei Unfälle, so stürzte kürzlich in Turin ein Bombenflugzeug ab, 2 Insassen verkohlten. In Prag explodierte bei einem Transport ein Wagen mit Handgranaten, wobei 2 Soldaten zerrissen wurden. Hierbei haben auch einige Unbeteiligte ihr Leben eingebüßt.

•

Es geht wieder weiter.

Am Donnerstag voriger Woche fand auf der Marinewerft in Wilhelmshaven der Stapellauf eines großen Torpedobootes statt. Elf weitere sollen in der nächsten Zeit folgen. Und in den Parlamenten nennt man das Abrüstung.

•

In Griechenland wird z. Zt. eine große nationale Sammlung veranstaltet, um Flugzeuge zu bauen. In der Stadt Saloniki allein kam eine Summe zusammen, die für 30 Flugzeuge reicht. Es ist überall dasselbe, für den Schutz des Eigentums ist immer Geld da.

Radio-Reaktion.

Es liegt im Wesen aller bisherigen Gesellschaften, daß die in ihr herrschenden Schichten auch noch die geistige Vormachtstellung, als ihr Eigen buchen können. „Hat das Volk Brot und Spiel, dann ist es zufrieden." Das erkannten schon vor mehr als 2000 Jahren die römischen Staatsgewaltigen. Diese Erkenntnis und ihre Nutzbarmachung ist auch noch heute die Stärke der Bourgeoisie. — In der Elberfelder Radio-Rundschau findet sich, anläßlich des ersten Radio-Vortrages über „Kirche und Theater" eine Bildwidmung des Paters Schmidt mit folgender Unterschrift:

> Kirche und Theater brauchen keine Feinde zu sein, wenn sie sich auf ihre Geschichte besinnen, und verstehen, was der hl. Thomas von Aquin so klar gesagt: Ludus est necessarius ad conversationem humanae vitae — Das Spiel ist ein soziales Bedürfnis.
> Elberfeld, den 11. Februar 1926.
> Dr. P. Expeditus Schmidt.

Das revolutionäre Proletariat ersieht daran, daß die Bourgeoisie selbst das ihrem ganzen Wesen nach fortschrittfeindliche, gottgelahrte Pfaffentum zur Ausnützung der technischen Fortschritte heranzieht und hat alle Ursache, seine Kräfte zu verstärken, um durch technische Fortschritte verstärkte ideologische Beeinflussung des Proletariats durch die Bourgeoisie zu brechen. Denn nur ein aus geistiger Abhängigkeit befreites Proletariat kann die wirtschaftliche Vormachtstellung der Bourgeoisie durch die proletarische Revolution brechen und den Kommunismus verankern.

Wirtschaft

Der Arbeitsmarkt im Februar

Die Zahl der Erwerbslosen hat in der zweiten Hälfte des Monats Februar 1926 keine nennenswerte Aenderung ergeben. Zwar ist bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern gegenüber der Zahl vom 15. Februar 1926 eine Verminderung von 1 772 338 auf 1 750 757, d. h. um 21 581 eingetreten; dem steht aber bei den weiblichen Hauptunterstützungsempfängern eine Zunahme von 286 054 auf 306 050 oder um 19 096 gegenüber. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist von 2 058 392 am 15. Februar 1926 auf 2 056 807 oder um 1585 am 1. März 1926 zurückgegangen. Das bedeutet eine Abnahme um 1 vom Tausend. Die Zahl der zuschlagsberechtigten Angehörigen weist für den gleichen Zeitraum einen starken Rückgang auf, nämlich von 2 330 873 auf 2 279 518. Das beweist, daß den ledigen Arbeitern, wie das Berliner Beispiel zeigt, in stärkerem Ausmaße als den Verheirateten die Unterstützung entzogen wird.

Während der Januar eine Zunahme der Zahl der Unterstützungsempfänger um 545 000 gebracht hatte, zeigt für den ganzen Monat Februar die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger eine Abnahme von 23 000, bei den weiblichen eine Zunahme um 49 000, die Gesamtziffer zeigt für den Monat Februar noch eine Zunahme von 2 030 646 auf 2 056 807 oder um 26 000 Unterstützte.

Diese Ziffern des Reichsarbeitsministeriums zeigen, daß das Geschrei des „Vorwärts" und der übrigen bürgerlichen Presse vom Ueberschreiten des Tiefpunktes der Wirtschaftskrise barer Unsinn ist. Zweifellos sind im Februar die mehrfache Anzahl der 26 000 in Landwirtschaft, Baugewerbe und deren Hilfsindustrie eingestellt. Die Industrie speit also noch immer flott Arbeiter aus.

Arbeitszeitbeschränkung in England

Japans Textilkonkurrenz bedroht England.

Die englischen „Amerika-Spinnereien" hatten zu Weihnachten die Arbeitszeit bedeutend herabgesetzt mit dem „Vorgeben, sie nach Neujahr wieder auf den normalen Stand zu bringen. Die Kommission der Master Cotton Spinners Federation hat jetzt, Mitte März aber beschlossen, es bis auf weiteres bei der 30½ stündigen Wochenarbeitszeit in den Amerika-Abteilungen der Spinnereien (Verarbeitung amerikanischer Baumwolle) zu belassen. Die Sitzung war eigentlich zu dem Zweck einberufen, eine gemeinsame „Kontrolle der Produktion durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber" zu besprechen. Der Verfechter dieses Gedankens im Unternehmertum, Mstr. Platt, war aber nicht erschienen. Platt propagiert den Gedanken der Produktionskontrolle durch die Arbeiter, d. h. durch die Gewerkschaftsvertreter, um wie er sagt, „eine möglichst rationelle Arbeitsweise sicherzustellen!" Die Parole der KPD. wird in England also vom Kapital vertreten. Die Frage der Kontrolle wurde einstweilen zurückgestellt und dafür die Betriebseinschränkung beibehalten. Die Produktionskontrolle wird indes kommen, die Unternehmer werden aus den Arbeitern höhere Profite herausschinden, und die Gewerkschaften werden das den Proletariern als einen Sieg verkünden.

Die englische Textilindustrie hat immer noch rückläufigen Absatz. Und die indische Textilindustrie kämpft mit Absatzschwierigkeiten. Indien wie die englischen kolonialen Absatzmärkte werden von Japan hart bedrängt. Um sich vor der japanischen Konkurrenz zu schützen, verlangen die beiden Industrien gemeinsame Zölle auf japanische Textilwaren nach Indien. — In der Textilindustrie wie anderswo werden die früheren Absatzländer immer mehr Konkurrent des alten Kapitalismus.

Rückgang der Arbeitslosenzahl in England.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 1. März 1 107 000. Das stellt gegenüber der Vorwoche einen Rückgang um 18 660 und gegenüber der entsprechenden Zeit des letzten Jahres einen Rückgang um 128 318 dar.

Rückgang der Erwerbslosenzahl in Oesterreich.

Ende Februar wurden in Oesterreich 220 000 unterstützte und 800 ausgesteuerte Erwerbslose, die eine Beihilfe erhielten, und etwa 30 000 nichtunterstützte Arbeitslose gezählt. Die Verminderung der unterstützten Arbeitslosen gegenüber Mitte Februar beträgt rund 6000.

•

In England wie in Osterreich handelt es sich um die Zahl der registrierten Arbeitslosen. In beiden Ländern wird die „Fürsorge" gehandhabt wie in Deutschland. Große Massen die schon seit Anfang Winter Unterstützung bezogen, sind ausgesteuert. Und zum Frühjahr werden immer mehr gestrichen.

Zieht man in Betracht, daß Anfang März schon im Baugewerbe und in der Landwirtschaft Arbeiter eingestellt werden, so kann von einer besseren Beschäftigung in der Industrie noch nicht gesprochen werden.

Spitzbergen-Kohle konkurriert gegen Europa.

Die Niederländische Spitzbergen-Gesellschaft hat mit den Gasanstalten von etwa 20 holländischen Städten Lieferungsverträge auf Spitzbergen-Kohle abgeschlossen. — Trotz des weiten Transportes aus dem nördlichen Eismeer ist die Spitzbergenkohle billiger als die europäische. Und das holländische Kapital nutzt sie aus, um die Löhne der Arbeiter zu drücken.

Arbeiterbanken

II.

(Die Banken als eine Etappe der amerikanischen Arbeiterbewegung.)

Das Wachsen der Gewerkschaftsbanken in den Vereinigten Staaten ist eine unvermeidliche logische Etappe der Entwicklung der amerikanischen Arbeiterbewegung auf dem Wege der Zusammenarbeit mit dem Kapital. Die fast vollständige Abkehr vom Klassenkampf, die Konzentrierung der Gewerkschaftstätigkeit auf gegenseitige Hilfe, die Beschränkung der Reserven des organisierten Proletariats auf die bestbezahlten Arbeitskräfte brachten es mit sich, daß die Gewerkschaften verhältnismäßig große Rücklagen machen konnten. Die jährlichen Einnahmen des kleinen Verbandes der Lokomotivführer betragen sieben Millionen Dollar, wobei die Versicherungsabteilung im Jahre 1½ Millionen Dollar auszahlt. Die Einnahmen der Verbände der Mechaniker, Bergarbeiter usw. sind noch höher. Den monatlichen Ausgaben der Bergarbeiterorganisation in Höhe von rund 100 000 Dollar stehen Einnahmen von 250 000 Dollar gegenüber. Die Gewerkschaftsbürokratie, die sich vorbehaltlos für das kapitalistische System einsetzt, konnte sich natürlich nicht mit dem Gedanken aussöhnen, daß diese Gelder brachliegen. Sie mußte sie „in den Verkehr bringen", d. h. in den kapitalistischen Banken unterbringen, in Wertpapieren anlegen, in gewinnwertversprechende Häuserbauten investieren usw.

Wie die Zeitschrift des Verbandes der Lokomotivführer ganz richtig bemerkt, „beteiligte sich die Brüderschaft durch die Investierung ihrer umfangreichen Fonds im Grunde genommen noch vor Errichtung einer eigenen Bank an den Bankgeschäften". („Lokomotive Engineers Journal" August 1925.) Dies gilt von allen Gewerkschaften, für die die Ansammlung von Mitteln zum Selbstzweck wurde, die den Klassenkampf ablehnten, sich auf die gegenseitige Unterstützung der qualifizierten Arbeiter beschränkten und immer tiefer in den Strudel der Finanzspekulation hineingerieten. Von hier bis zur Errichtung eigener Banken war natürlich nur ein Schritt. Maßgebend in dieser Hinsicht waren natürlich nicht die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit, sondern die von ihnen vertretenen Spitzen der Arbeiterklasse, die von dem Kapital durch verhältnismäßig hohe Löhne korrumpiert, unabhängig von ihren Organisationen zur Beteiligung an den Finanzapparat gelangten.

Die Redaktionen der Organe der amerikanischen Gewerkschaften werden mit Briefen einzelner Mitglieder überschüttet, in denen sie über die Vorzüge der einen oder anderen Aktien, der Wertpapiere, Anleihen usw. anfragen. Die kapitalistischen Banken Amerikas zählen insges. 19 Millionen Kunden, d. h. durchschnittlich entfällt pro Familie ein Kunde und die sogenannten Sparbanken, die ein Mittelding zwischen einer Bank und einer Sparkasse darstellen, 38 Millionen Sparer, zu denen das organisierte Proletariat fast vollständig gehört. Im Mittelpunkt dieser Interessen der proletarischen Schichten stehen: möglichst günstige Anlagen ihrer Ersparnisse, Lebensversicherung und Ansammlung von Mitteln zum Bau eines eigenen Häuschens. Die Umstellung der Gewerkschaften auf die Versicherung und Banktätigkeit auf kaufmännischer Basis stieß daher auf keine Schwierigkeiten. Die Arbeiterbanken sind gewöhnliche Kreditbanken, die sich in ihren Operationen durch nichts von den kapitalistischen Bankbetrieben unterscheiden. Eigenartig an ihnen ist nur ihre Ideologie, wenn man sich so ausdrücken darf, das Einhüllen gewöhnlicher Bankoperationen in sozialistische oder jedenfalls soziale Phrasen. Diese „Ideologie" zieht aber einen kategorischen und offenen Trennungsstrich zwischen sich und dem Marxismus. Charakteristisch in diesem Sinne ist die Resolution des Kongresses der A.F.L. in El-Paso 1924, die mit den vielsagenden Worten beginnt: „Die amerikanischen Lohnarbeiter und ihre Gewerkschaften neigen nicht der Marx'schen Theorie des Staates zu, im Gegenteil, sie zeigen ein wachsendes Interesse an Einrichtungen, die sich auf die private und genossenschaftliche Initiative, sowie auf das persönliche oder Gruppenristiko stützen, was durch den Erfolg der Arbeiterbanken und durch das wachsende Vertrauen der Arbeiter, ihrer Freunde und ihnen Sympathisierenden gegenüber bestätigt wird."

Diese Resolution ist der einzige Fall, in dem auf dem Kongresse der Name Marx erwähnt wird. Aber auch die sozialdemokratischen Theoretiker „neuen Genres", die in den Organen der deutschen und österreichischen Gewerkschaftspresse, sowie im Bulletin der Amsterdamer Internationale und des Internationalen Arbeitsamtes den Gewerkschaftsbanken und dem „Arbeiterkapital" Hymnen singen, vermeiden in ihren Ausführungen über die Arbeiterbanken ängstlich jegliche marxistische Analyse, bedienen sich vielmehr ganz offen der Sprache der liberalisierenden Bourgeoisie. Soweit uns bekannt, hat kein reformistischer Theoretiker, wenn man von den schüchternen Andeutungen in dem Buche Renners („Renner: die Wirtschaft als Gesamtprozeß" absieht, den Versuch gewagt, die Ideologie der Arbeiterbanken mit den Lehrern Karl Marx in Verbindung zu bringen. (Vielleicht übernimmt aber Rudolf Hilferding diese hoffnungslose Aufgabe.) Natürlich wird dadurch das ideologische Geschwätz der Arbeiterbankiers und ihrer literarischen Handlanger nicht eines gewissen eigenartigen Interesses beraubt, ja selbst nicht in der amerikanischen naiven Auslegung.

Die mystische Hülle der kapitalistischen Beziehung ist besonders undurchdringlich auf dem Gebiete des Finanzkapitals. Zwar „entstehen die Illusionen bezüglich der wundertätigen Kraft des Kredit- und Bankgeschäfts im sozialistischen Sinne aus dem vollständigen Nichtverstehen der kapitalistischen Produktionsmethode und des Kreditgeschäfts als einer ihrer Formen." (Marx: Kapital, Band 3, 2. Teil.) Aber da dieses Nichtverstehen noch recht verbreitet ist (nicht nur in Amerika), sind die Banken zu einem äußerst bequemen Gebiet für die Verbreitung pseudo-sozialistischer Illusionen geworden. Wie Hilferding (in seinem Werke „Finanzkapital") sagt, „entsteht der Kredit aus einem Sozialismus, der sich der kapitalistischen Gesellschaft anpaßt; das ist ein abenteuerlicher, vom Kapitalismus adoptierter Sozialismus. Das Geld der anderen sozialisiert er zum Gebrauch weniger. Er verwirrt und führt irre." Wie sehr die Möglichkeit zum „Verwirren und Irreführen" seit Entstehung der Arbeiterbanken gewachsen sind, liegt klar auf der Hand.

Irgendein amerikanischer Sozialist erklärte im Bulletin des I.G.B. (Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam) begeistert: „Die Arbeiterbanken beweisen, daß das Bankgeschäft nicht ein Monopol der Privatkapitalisten ist, sie zeigen, welche Fähigkeiten im Proletariat schlummern, sie stärken sein Selbstbewußtsein und sein Streben nach Mitbestimmungsrecht in der Produktion." („Die internationale Gewerkschaftsbewegung" Nr. 2—3 1925.) Den breiten Arbeitermassen wird dies alles natürlich in noch einfacherer Form serviert, so heißt es in einem Reklameplakat der Arbeiterbanken nach Schilderung der ungeheueren Macht des Bankkapitals: „Die Hand, die den Bankscheck ausfüllt, regiert die Welt. Die Arbeiter können selbst regieren, wenn sie ihre Ersparnisse in eigenen Arbeiterbanken anlegen." Dabei wird häufig eine ganz eigenartige politische Oekonomie entwickelt, die sich scheinbar an Bastiat und Schultze-Delitzsch anlehnt: „Wenn 20 Millionen Arbeiter wöchentlich einen Dollar sparen (ein Zehntel des amerikanischen Maurerlohnes) und ihn regelmäßig in der Arbeiterbank einzahlen, wird die Zivilisation in den nächsten fünf Jahren ein ganz anderes Aussehen gewinnen." (Rede des Mac Kabeka bei der Eröffnung der Arbeiterbank in Minneapolis.)

Derartige Berechnungen sind heute bei den Gewerkschaftsbürokraten in den Vereinigten Staaten in der Mode. So hat z. B. der Vorsitzende der Federation Bank in New York, Brady, berechnet, daß das Einkommen der amerikanischen Arbeiter und Angestellten jährlich etwa 30 Milliarden ausmacht, von denen etwa 6—7 Milliarden in der einen oder der anderen Form gespart werden und zwar wird ein großer Teil der Ersparnisse in den Banken angelegt. Die Gewerkschaftsbanken stellen sich nun die Aufgabe, diese riesigen Summen ihrer Kontrolle zu unterordnen, und hoffen dadurch sozusagen das Finanzkapital zu erobern. Selbstverständlich gründet sich diese Ideologie der Arbeiterbankiers auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Kapital. In ihren Reden, sowie in den Notizen der kapitalistischen Presse über die Arbeiterbanken wird in glühenden Farben die Eintracht zwischen Unternehmern und Arbeitern geschildert, „eine Eintracht, die sich auf den Geldschrank stützt". Sie sind überzeugt, daß die Arbeiterorganisationen durch ihre Beteiligung an Bankgeschäften in gewissem Sinne selbst Unternehmer werden, was sie von den Streiks, von den schädlichen sozialen Ideen abbringen muß, ihnen den Standpunkt und die Schwierigkeiten, mit denen die Unternehmer zu kämpfen haben, verständlich machen wird. Derselbe Brady schreibt: „Die Beteiligung der organisierten Arbeit an der Finanztätigkeit hat bereits einen günstigen Einfluß auf die Industrie und den Handel des Landes gehabt. Dank dem täglichen Verkehr auf finanziellem Handels- und Industriegebiete hat sich ein besseres und gegenseitiges Verständnis und auch ein besserer Kontakt zwischen der Arbeit und den Geschäftsleuten herausgebildet, desgleichen das Gefühl gegenseitiger Abhängigkeit zwischen den Gewerkschaften und ‚fairen' Unternehmern."

Die Idylle wird nur durch die Notwendigkeit der Konkurrenz mit den einzelnen kapitalistischen Banken gestört, die es vorziehen, selbständig Arbeiterkunden zu werben, den Arbeitern Aktien und andere Papiere anzudrehen, die Arbeiter zu versichern usw. In einem seiner Artikel, die er kurz vor dem Tode schrieb, entwickelte Gompers eine bemerkenswerte Philosophie über die Frage. Er schlägt vor, „die alte Politik des Kampfes gegen die Unternehmer durch Stillegung der Produktion, durch eine neue Politik der Konkurrenz mit den Kapitalisten auf dem Wege der Kontrolle des Kapitals zu ersetzen." Er stellte ein neues Glaubenssymbol auf: „Der Dollar gibt das Anrecht auf Profit, warnt jedoch vor Illusionen. Die Banken müssen in derselben Weise wie die anderen kapitalistischen Banken oder Unternehmungen geleitet werden. Daher muß die Leitung der Banken in den Händen von Spezialisten liegen. Die Gewerkschaftsbeamten können nicht in einer Nacht zu wissenden Bankiers werden. Daher muß die Arbeiterklasse gründlich in das Bankfach eingeweiht werden, jedoch ohne gleichzeitige Verwirrung anzurichten."

Im Zeichen dieser Ideologie stand der Kongreß in El-Paso 1925, dessen Grundidee die Ablehnung jedes Klassenkampfes und jeder Organisation für den Klassenkampf war, die Konzentrierung der Arbeiterbewegung auf das heilige Profitrecht, auf das Recht mit Hilfe von Versicherungsgesellschaften, Banken und anderen Handelsgeschäften ihre Dollars anwachsen zu lassen. Die Ideologen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung erblicken darin „die einzige Möglichkeit für die Arbeiterklasse, vorwärts zu schreiten und sich die Freiheit zu sichern."

Nach dem Tode Gompers begründete der neue Vorsitzende der F.A.L., Green, in einer in der Howard-Universität gehaltenen Rede die Notwendigkeit der Bankbetätigung, um der Arbeiterbewegung, „die aus der Periode des Kampfes herausgetreten ist", eine neue Richtung zu geben. „Die Arbeiter

Ferdinand Freiligrath

(Zu seinem 50. Todestage.)

„Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht.
Unser die Welt trotz alledem!"

Es klingen aus der Vergangenheit nur wenig Dichternamen herüber die ein Anrecht darauf haben, daß ihnen das Proletariat ein ehrendes Andenken bewahre. Noch viel geringer ist die Zahl derjenigen, deren Verse noch forttönen in den Herzen der Unterdrückten und Ausgebeuteten und sie anfeuern in ihrem Kampfe um Menschenrechte. Einer dieser Wenigen ist Ferdinand Freiligrath, dessen wir am 18. März, zu seinem 50. Todestage, gedenken. Das Bürgertum kennt Freiligrath. Aber es schweigt über das Schaffen des revolutionären Freiheitsdichters, da er in der Vollkraft seiner Mannesjahre war. Die Literaturgeschichte schweigt über den Freiligrath, wie wir ihn verstehen, man schämt sich und man möchte es vertuschen, daß dieser große Dichter zugleich einer der leidenschaftlichsten politischen Dichter überhaupt gewesen ist, den Deutschland gehabt hat.

Ferdinand Freiligrath wurde am 17. Juni 1810 als Sohn eines Lehrers in den engen kleinbürgerlichen Verhältnissen des Städtchens Detmold geboren und lernte in Soest Kaufmann. Hier erscheinen in einem Lokalblatte seine ersten Gedichte, die im Keime schon die wesentlichsten Merkmale seines späteren Schaffens zeigen. Die kleinbürgerliche Enge und die eintönigen, grauen Mauern Soests konnten ihn weder befriedigen noch seine Phantasie und Sehnsucht fesseln. Nach Ablauf seiner Lehrzeit kam er nach Amsterdam. Hier in einer der Hauptmetropolen des beginnenden großkapitalistischen Handels, da, wo Welten sich die Hände reichten, hier fand seine farbenreiche Phantasie die dichterischen Stoffe. Da entstand seine Wüstenpoesie. Diese war ein trotziges Auflehnen gegen die Dichtkunst seiner Zeit, die in süßlich-sentimentaler Weichlichkeit und Weltschmerzlichkeit aufging. Sie war eine erfrischende Aufrüttelung in dem melancholischen Klingklang jener Tage, und die neue Art machte den jungen Dichter mit einem Schlage berühmt. Dieser Erfolg veranlaßte ihn, den Kontorstaub von sich zu schütteln, um sich gänzlich der Dichtung zu widmen.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse der 30er und 40er Jahre in Deutschland und zugleich die innere Entwicklung des Dichters selbst trieben ihn aber bald auf ein anderes Feld. Industrie und der Handel in Deutschland begannen sich zu entwickeln. Bei jeder Bewegung aber, bei jedem Schritte, den die wirtschaftliche Entwicklung nach vorwärts versuchte, stieß sie gegen tausend Schranken und Fesseln. Die elende Kleinstaaterei, lächerliche Grenzschikanen, kleinliche Zollplackereien, sinnlose Verschiedenheit in Maß, Münze und Gewicht, zünftlerische Enge und zu alledem die erbärmlichste politische Unfreiheit hemmte jede freie Bewegung. In der bürgerlichen Klasse Deutschlands regte sich langsam ein tiefer Groll, die Erbitterung rüttelte an den Ketten, die Sehnsucht und Leidenschaft nährte das alte Ideal eines einigen und freien Deutschlands im Bürgertum.

Als Freiligrath aus Amsterdam zurückkehrte, empfand er zunächst den Widersinn zwischen der guten fruchtbaren Lage Deutschlands und der Häßlichkeit und Kleinlichkeit, die im Lande herrschte. Er sehnte ein freies, zusammengeschlossenes Deutschland herbei. Doch sein Rebellentrotz führte ihn aber weiter. Georg Herwegh, einer der leidenschaftlichsten Dränger jener Tage, wollte ihn mit Gewalt und Spott in das Lager der politischen Dichtung hinüberziehen. Die innere Umwandlung bei Freiligrath war aber noch nicht so weit gediehen. Der trotzige Sinn ließ sich nichts aufzwingen und so wies er Herweghs Werben schroff zurück. Doch die innere Umwandlung vollzog sich weiter. Er sah daß laute Worte und sanfte Reformen nicht das deutsche Elend beseitigen konnten. Er lernte die Gedankengänge der kühnsten und unerbittlichsten Revolutionäre seiner Zeit kennen und verstehen. Die unwiderstehliche Dialektik eines Karl Marx, die eiserne Entschlossenheit in der Propaganda der Revolution, die wortgewaltige Aufrüttelung des Proletariats — all das weckte in der Seele des Dichters einen starken Widerhall. Wohl war Freiligrath nie ein Politiker im eigentlichen Sinne des Wortes, aber kein zweiter Dichter hat nach Freiligrath die proletarisch-revolutionäre Energie mit solch leidenschaftlicher Wärme in Worte gefaßt, wie er. Das kam in seinem 1844 veröffentlichten Glaubensbekenntnis mächtig und wuchtig zum Ausdruck. Getreu seinem Motto war es „ein kecker Schuß in die Stickluft jener Tage". Dieser Schritt war für ihn mit großen Opfern verbunden. Die Zensur verbot das „Glaubensbekenntnis"; trotzdem war es bereits in großen Massen abgesetzt. Freiligrath muß Deutschland verlassen und das bittere Brot der Verbannung essen. Ruhelos wandert er mit den Seinen, er kommt nach Belgien, wo er Marx kennen lernt, dann nach der Schweiz und schließlich nach England wo er wieder im Büro eines Handelshauses sein ärmliches Brot fand.

Eben ist er im Begriffe, auch dort die Zelte abzubrechen und sich in Amerika eine neue Heimat zu suchen, als das Echo, die Wogen der deutschen Märzrevolution über die Nordsee trägt. Da hält er es nicht mehr aus, mit dem nächsten Dampfer kehrt er nach Deutschland zurück und bald ist er bei seinen politischen Freunden in Düsseldorf. Er schließt sich hier dem Volksklub an, der die revolutionäre Demokratie vertrat. Die Mitglieder waren durchweg armselige Handproletarier. Die Beiträge waren daher niedrig und Ebbe in der Kasse. Dazu kamen Schulden. Man beratschlagte, wie sie gedeckt werden sollen. Hierbei geriet Freiligrath mit dem Vorsitzenden in einen scharfen Disput. Um den Frieden wieder herzustellen, kam ein Mitglied auf die Idee, für den Dichter eine Buße zu beantragen und zwar: Er habe ein Gedicht zu liefern. Dasselbe solle gedruckt und zum Besten der Kasse verwendet werden. Freiligrath nahm an. Schon nach wenigen Tagen kam er mit dem berühmten Gedicht: „Die Toten an die Lebenden", in die Vorstandssitzung. Es wurde sofort gedruckt und in einer Versammlung des Volksklubs vorgelesen, unter tosenden Beifall. Es sollten 9000 Exemplare sofort verbreitet werden aber da kam auch schon die richterliche Nemesis. Der Generalprokurator des rheinischen Appellationsgerichtshofes beschlagnahmte das Gedicht und erhob gegen Freiligrath Anklage wegen „Aufreizung zum Umsturz der Verfassung wie zum Bürgerkriege". Freiligrath wurde verhaftet, aber nach einer mit einem Freispruch endenden Gerichtsverhandlung mußte man ihn freilassen. Der Prozeß erregte großes Aufsehen selbst im Auslande und die Freisprechung wurde überall mit Freuden aufgenommen. Man veranstaltete sogar zu Ehren des Dichters eine Straßendemonstration.

Mittlerweile war in Köln, dem Zentrum der rheinischen revolutionären Bewegung, die „Neue Rheinische Zeitung" gegründet worden und Karl Marx hatte deren Leitung übernommen. Doch schon Ende September 1848, als über die Stadt der Belagerungszustand verhängt wurde, wurde auch das Blatt verboten und gleichzeitig ein Teil der Redakteure in den Anklagezustand versetzt. Seit dem 11. Oktober erschien die Zeitung wieder. Ihrer Redaktion gehörte nun auch Freiligrath an. Karl Marx hatte ihn dazu berufen, um in jeder Nummer den englischen Artikel zu bearbeiten. Eine ganze Anzahl der besten Gedichte Freiligraths erschienen zugleich in dieser Zeitung und wurden 1849 und 1851 in zwei Heftchen unter dem Titel: „Neuere politische und soziale Gedichte" veröffentlicht. Der Einfluß von Karl Marx auf Freiligrath war sehr stark, aber auch Marx stand unter dem Einfluß seiner revolutionären Poesie. Uebrigens mußte das kühne Kampforgan bald die Waffen strecken. Marx wurde ausgewiesen und am 19. Mai 1849 erschien die letzte Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung" in rotem Druck. An ihrer Spitze trug sie Freiligraths „Abschiedswort". Er hatte es am selbigen Morgen während des Ankleidens gedichtet.

In den berüchtigten Kommunistenprozeß verwickelt, verfolgt von Steckbriefen, mußte er abermals aus Deutschland fliehen. Er ging wieder nach England und hat dort sechszehn Jahre lang als Handlungsgehilfe sich elend durchschlagen müssen. Als die Reaktion in Deutschland an Boden gewann, schickte Freiligrath von England herüber sein trotzig-wildesherausforderndes Gedicht: „Die Revolution." („Sie ist nicht tot, ihr könnt sie nicht erschlagen.")

Als im Jahre 1867, das Geschäftshaus, wo Freiligrath tätig war bankrott machte, stand er vor dem Nichts. Das Bürgertum in Deutschland, erinnerte sich seines Freiheitsdichters und veranstaltete eine große Sammlung. Ein Anraten, bei der preußischen Regierung um Amnestie einzukommen lehnte er rundweg ab, er wollte nicht von der Gnade eines Hohenzollern abhängig sein. Er wandte sich deshalb nach dem immerhin noch freieren Süddeutschland und verbrachte seine letzten Jahre in Stuttgart und Cannstatt. Er beschäftigte sich mit Uebersetzungen englischer Gedichte bis 1870. Da schlug er noch einmal kräftig die Leier. Was ihn dazu bewog, war die alte Sehnsucht nach einem freieren Deutschland. Er wußte ja nichts von der Fälschung der Emser Depesche, von der aufgestellten Falle Bismarcks, in die der schuftige Napoleon plump hineintappte. Freiligrath sah sich in seiner Sehnsucht und Hoffnung betrogen und verließ resigniert den Schauplatz seiner öffentlichen Tätigkeit.

Dem Bürgertum von heute, vermag der eigentliche Freiligrath nichts mehr zu sagen. Das deutsche Bürgertum, dessen revolutionären Befreiungskampf er in unsterblichen Liedern verherrlichte, hat ihm seine Dankesschuld in der dieser Klasse einzig angemessenen Form bezahlt: in bar. Mit jener Sammlung von 1867, wie bereits oben erwähnt, hat sich das Bürgertum aller seiner Verpflichtungen dem Sänger seiner Revolution gegenüber losgekauft. Es glaubte sich damit das Recht erworben zu haben, den Dichter nach seinem Tode umzubringen, indem es seine Werke in der unglaublichsten Weise verfälschte und verzerrte. In der Tat kann ja auch der Freiligrath der vierziger Jahre den heutigen Enkeln der damaligen Kämpfer des „tollen Jahres" nichts mehr sagen. Die Ideale einer gesättigten Klasse sind eben andere, als die einer hungernden, entrechteten Klasse. Aber mit dieser Aenderung der Dinge hat jene sattgewordene und deshalb zufrieden gewordene Klasse eben auch jedes Recht auf den Dichter verloren. Mag das Bürgertum am 18. März seinen 50. Todestag feiern, die Kampfgedichte Freiligrath von 1848 sind doch heute in das Erbe des Proletariats übergegangen.

In den Gedichten von 1848 und 1849 verschwindet überhaupt jede Vorstellung, daß sie einen Verfasser haben, der sich zu Hause an den Schreibtisch setzt und geduldig seine Gedichte und Gefühle zu Papier bringt. Diese Gedichte sind im Getümmel des Kampfes selbst erwachsen, sie sind selbst Naturereignisse der Revolution, Wesen von Fleisch und Blut; diese Verse haben auf der Barrikade gefochten, haben gejauchzt im Uebermaß des Glücks siegender Freiheit, sind blutend niedergesunken, haben geklagt, gefordert, verflucht, geschrieen. In Freiligraths Gedichten der Revolution ist die Revolution selbst unsterblich geblieben, und jedes Wort das wir heute aufblättern, sprengt verwitterte Särge und erweckt Leidenschaft. Durch Freiligrath werden die Toten des 18. März in alle Zeiten lebendig zu denen, die in ihrem Gedächtnis wirken.

Und wenn wir heute den „Trompeter der Revolution" ins Gedächtnis rufen, so eben deshalb, weil seine Verse heute noch gleich damals, aufrüttelnd, anfeuernd wirken. Wir sind berufen, das Vermächtnis des Barrikadensängers zu erfüllen und in die Tat umzusetzen:

„O, steht gerüstet, seid bereit!
O schaffet, daß die Erde, in der wir liegen strack und starr
Ganz eine freie werde!"

müssen endgültig das Recht der Unternehmer auf Produktionskontrolle und Verwaltung der Produktion anerkennen und sich mit einer guten Verzinsung des von ihnen investierten Kapitals begnügen." Es ist also nicht verwunderlich, daß in dem Organe der Gewerkschaftsbanken „der Arbeiterbankier" Aufsätze des Direktors einer der größten Banken Morgans, Mitchells, veröffentlicht werden, in denen versichert wird, daß durch die die Banktätigkeit der Gewerkschaften und mit fortschreitender Investierung von Arbeitergeldern sich zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital freundschaftliche Beziehungen herausbilden müssen. An dem zweijährigen Jubiläum der Federation Bank nahmen sogar solch bekannte Vertreter des Finanzkapitals teil, wie der Vorsitzende der „General Electric Co." sowie Joung, einer der Urheber des Dawes-Planes. Begrüßungen gingen ein vom Präsidenten Coolidge, vom Finanzminister Mellon, von Vanderlip usw. Ueberhaupt hindert die Konkurrenz der Arbeiterbanken mit den kapitalistischen nicht ihr zusammenwachsen und die Durchführung einer gleichen Politik, genau so wie die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander ihre Einheitsfront gegen die Arbeiterklasse nicht stört.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Bewegung

Aus dem Wuppertal

Die SPD, und ihr Knecht

Die politischen Kannegießer des Proletariats haben Hochkonjunktur. Die fetten Agitations-Pfründen, die ihnen das abgedankte Fürstentum durch ihre „Rechtsansprüche" an die Republik geliefert haben, kommen diesen Parlamentariern gerade recht. Können sie doch dadurch, in der jetzigen Krisis des Kapitalismus mit seinen Wehen, der Massenarbeitslosigkeit, der tief einschürfenden sozialen Verelendung, vor den Massen ihre parlamentarische Existenzberechtigung „beweisen". In Ansehung dieser Klassenkampfparias, KPD. und SPD., könnte man ob dieser ganzen Komödie nur lächeln, wäre nicht sie der Ausdruck der Tragödie einer auf 70 Jahre zurückblickenden Arbeiterbewegung, die angibt, wissenschaftlich-sozialistisch fundamentiert zu sein. Die Fürstenabfindungskampagne zum Sicherheitsventil des kapitalistischen Explosionsherdes zu machen, sind sich auch die Wuppertaler, SPD. und KPD. einig.

Gilt es doch, die kochende „Volksseele" auf eine für die Bourgeoisie, und damit des parlamentarischen Drohnentums, ungefährliche Art zur Entladung zu bringen. Ihre Parole: getrennt marschieren und vereint geschlagen, ist übelste Demagogie. Gestimmt auf die psychologische Eigenart, der in ihrer sozial-wirtschaftlichen Lage, differenzierten Arbeiterschaft, haben sie sich in ihrem gemeinsamen Wollen das Arbeitsfeld geteilt, parteipolitische und programmatische Gegensätzlichkeiten haben zu schweigen. Die KPD. tritt in keiner SPD.-Versammlung auf. Bisher hat nur die SPD. eigene öffentliche Versammlungen veranstaltet. Die KPD. traktiert mit ihren Reichstagsbonzen die Arbeitslosen. Gegen diese ganze Klassenkampfkomödie im Wuppertal, tritt nur die Kommunistische Arbeiter-Partei auf. Der Versammlungsbesuch ist äußerst mäßig, gemessen an dem Tam-tam der parlamentarischen Seifensieder. Woran auch der rote Frontkämpferbund, durch seine Fackelzüge wenig ändern wird. Wie schon bemerkt, eingestellt auf ihre Wahlschafe und Gefolgschaft, ist die Schmackhaftmachung dieses „Klassenkampfaktes" durch die Sozialdemokraten beider Kolleurs verschieden. Während die KPD. ihre Volksentscheidplattheiten mit revolutionärer Phraseologie umkleidet, und auf unsere Kritik erklärt: Durch Volksentscheid an sich sei keine Entscheidung herbeizuführen. Es sei aber der Weg zur proletarischen Revolution. Die SPD. wiederum bleibt sich in ihrer bornierten und ebenso zynisch frechen kapitalserhaltenden Rolle treu. Sie schickt republikanische Staatsbeamte als Heilsapostel in die Versammlungen. Die Akrobaten „proletarischen Klassenkampfes" bedauern erst einmal, daß ihre beiden republikanischen Bundesgenossen sich nicht mit für die „entschädigungslose" Enteignung der Fürsten einsetzen. Um dann umso mehr ihre Lobhymne auf die Republik loszulassen. Die Republik, die erst den Untertan und das Kanonenfutter der Vorkriegszeit zum Staatsbürger machte, habe erst das freie Wahlrecht und Recht auf Volksentscheid gebracht. Was es jetzt gegen die maßlosen Fürstenforderungen zu nützen gelte. Ueberhaupt gelte es keine Fürstenenteignung, die hätten sich durch ihre Fahnenflucht selbst enteignet. Das Fürstenrecht sei heute „Volksrecht", darum müsse auch heute Fürstenvermögen Volksvermögen werden.

Um lästige Diskussionsredner zu unterbinden, erlaubte man nur Gegnern der entschädigungslosen Enteignung das Wort, doch ihren Zweck erreichten sie doch nicht, die Kommunisten zu unterbinden.

Die KAPD.-Genossen ergriffen das Wort als Gegner des ganzen Volksentscheidbeginnens. Trotz allen Wutgeschreies bornierter Sozialdemokraten, zeigte der KAP.-Redner die unmarxistische Handlungsweise der parlamentarischen „Arbeiterparteien" auf, insbesondere die Henkerrolle der republikanischen SPD. Daß unsere Hiebe gesessen haben beweist uns die „Freie Presse", die sich, um Eindruck zu schinden, auf einmal auf Karl Marx beruft, und dem KAP.-Redner vorwirft, die Worte unseres Altmeisters: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch": nicht begriffen zu haben. Was die Pressekloake vom versauen des schweren „Kampfes" faselt, riecht so recht nach Ohnmachtsschweiß dieser Auchmarxisten. Es sei aber nochmals ausdrücklich festgestellt, daß wir den Willen haben diese ganze Klassenkampfkomödie zu versauen. Um die Arbeiterschaft zur tatsächlichen Enteignung aller Fürsten, einschließlich der parlamentarischen Drohnen, durch den rücksichtslosen Bürgerkrieg auf der Grundlage des internationalen Klassenkampfgedankens zu führen.

Groß-Berlin

Die „Entlarver" haben Angst, — entlarvt zu werden!

Wenngleich die Genossen der KAP. und AAU. aus eigener Erfahrung in Punkt Diskussionsfreiheit in den Versammlungen der KPD. schon manches schneidige Husarenstückchen der „Roten Frontkämpfe" erzählen konnte, so dürfte doch der nachstehende Fall alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Der Sachverhalt ist kurz folgender:

Am Freitag, den 26. Februar hatte der Erwerbslosenausschuß des 5. Bezirks die Erwerbslosen zu einer öffentlichen Versammlung in Bökers-Festsäle (Groß-Berlin) aufgerufen. Ein Mitglied dieses Ausschusses gab einen Bericht über die Zustände auf dem Arbeitsnachweis Stralauer Platz. Er klagte darüber, daß der Herr Stadtrat Brückner, sowie andere Beamte des „roten" Magistrats den Forderungen der Erwerbslosen auf gesetzliche Anerkennung ihres Erwerbslosenausschusses gar kein Verständnis entgegen brächten. Und das, trotzdem er diesem Herrn Stadtrat, der seiner Meinung nach ein Arbeitervertreter (!) sein müßte, ausdrücklich darauf hingewiesen habe: **„Herr Stadtrat, die Anerkennung des Erwerbslosen-Ausschusses liegt doch eigentlich im Sinne des Arbeitsamtes, welches doch ein Interesse daran haben müßte, daß der Erwerbslosenausschuß als Autoritätsorgan gegenüber den Erwerbslosen beruhigend auf dieselben einwirken könne"!** — (Hier bei diesen Worten war diesem Manne nicht besonders zu Mute gegenüber den versammelten hungernden Proltariern; offenbar fürchtete er, daß irgend jemand in der Diskussion die eben geäußerten Worte aufwerfen könne und als Schlußfolgerung die „Erwerbslosenausschüsse" auf den Wert für das revolutionäre Proletariat untersuchen würde. (Dieses hätte einer unserer Genossen, der sich bei dem obigen Bericht sofort zum Wort gemeldet hatte, auch gebührend getan.) Damit also die Versammlung über diese Worte gegenüber dem „Herrn Stadtrat" nicht etwa stutzig werden könnte, zog er sich mit folgenden Worten aus der Schlinge: „Genossen, wir mußten mal etwas bürokratisch vorgehen." (Er wollte wohl sagen „diplomatisch".) Im weiteren Verlauf der Verhandlung und bei einem anderen Falle habe er sich wohl — was ihm nicht bewußt sei — gegen die Hausordnung des Arbeitsnachweises vergangen und sei durch ein Schreiben ihm und noch einem Kollegen das Betreten des Nachweises bis zum 31. Mai verboten; bei Uebertragung dieses Verbots sei ihm mit der Polizei- und Klassenjustiz gedroht, ferner sei er und sein Kollege bis zu obigem Termin vom Bezug jeglicher Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen. Der Magistrat könne nur darum so brutal gegen Mitglieder von Erwerbslosenausschüssen vorgehen, weil sich die Arbeiter nicht geschlossen hinter denselben stellen. Das habe denn auch die letzte Aufforderung zur Erwerbslosendemonstration bewiesen, wo diesem Rufe nur wenige Tausend gefolgt seien, obwohl Berlin über eine viertel Million Erwerbslose habe. Der Berichterstatter schloß seine Ausführungen mit einem Bündel alter und neuer Forderungen an den ADGB. und den Magistrat. — Hierauf wurde das Wort dem Referenten Weber von der KPD. erteilt zum Referat: „Die Wirtschaftslage und die Erwerbslosen". Er zeigte in seiner langen Rede von 1¾ Stunde wie der deutsche Kapitalismus mit allen Mitteln versucht, besonders durch die Rationalisierung herauszukommen. Die objektive Reife zum Sturze des Kapitalismus sei vorhanden, die subjektive Reife gelte es jetzt zu schaffen: damit die Arbeiterklasse erkennt, daß sie den Weg der Revolution gehen muß, heißt die Parole: Volksentscheid; Hinein in die Gewerkschaften; auch müssen schon jetzt die Vorarbeiten zu einem Erwerbslosenkongreß geschaffen werden. Der ADGB. müsse „gezwungen" werden. Er schloß mit den Worten, daß es mit der Dummheit der Arbeiterklasse nun für immer vorbei sein müsse. —

Der Versammlungsleiter hatte nun die Diskussion eröffnet. Bevor jedoch der 1. Diskussionsredner (Anarcho-Syndikalist) beginnen konnte, griff der Versammlungsleiter wieder zum Wort zu einer Brandrede gegen die KAP. und AAU. und erzeugte dadurch eine Pogromstimmung gegen alle, die nicht auf dem Boden der KPD. stehen. Es solle nur der sprechen dürfen, welcher sich im Sinne der Ausführungen des Referenten und des Erwerbslosenausschusses äußere. Auch dem Anarcho-Syndikalisten wurde nun das Wort entzogen, weil derselbe in einer KAP.- und AAU.-Versammlung nach Meinung des Versammlungsleiters erklärt habe, daß er mit dem Rätegedanken sympathisiere, deren Träger die KAP. ist. (Offenbar scheinen dies wohl die ersten praktischen Erfolge zu sein in der großen Einheitsfront, zu welcher hinten am Schwanze auch die antiparlamentarischen Anarcho-Syndikalisten hängen. Ein KAP.-Genosse gab geschäftsordnungsmäßig eine Erklärung dahingehend ab, daß alle vom Versammlungsleiter aufgestellten Verleumdungen elende Lügen seien. Nun wieder ungeheuerer Lärm und Entrüstung auf Seiten der „Frontkämpfer", daß unser Genosse es trotz ausdrücklichen Redeverbots hier noch wage, zur Geschäftsordnung zu sprechen. Unsere Genossen verließen hierauf die Versammlung. Ein parteiloser Arbeiter, welcher auch aus Entrüstung den Saal verließ, erklärte: **Die Diktatur der Dummheit marschiert!**

Oeffentliche Versammlung in Charlottenburg.

Eine überfüllte Versammlung hatte der 7. Berliner Unterbezirk am 11. März in Ahlerts Festsäle in der Berliner Straße zur Frage der Fürstenenteignung. Nach dem Referat forderte der Versammlungsleiter die anwesenden Gegner auf, als erste das Wort zu nehmen. Trotzdem von Seiten der KPD.-Genossen, Jungstürmler und „Roter Frontkämpferbund" eine Anzahl Zwischenrufe während des Referats gemacht wurde, meldete sich niemand zum Wort.

Als erster Diskussionsredner sprach ein russischer Kommunist — nicht Bolschewist. Obwohl sich der Redner — sinngemäß als Gegner der KAP. einführte, sprach er zur Fürstenenteignung im Sinne unseres Referenten, da diese Parole ein Bluff, eine Irreführung des Proletariats, eine Unmöglichkeit im Kapitalismus sei. Wertvolle Ausführungen machte der Genosse über Rußland aus eigener Erfahrung. Obwohl er nicht gut deutsch sprach, machte er sich doch recht verständlich.

In Rußland herrschte das Parteibeamtentum im Sinne einer Diktatur der Kleinbürger, zu denen er auch den Kulak und den Mittelbauer „die zentrale Figur Rußlands" zählt. Das Führer- und Literatentum bilde eine eigene Klasse und bevormunde das Proletariat, dessen Interessen den ihren und der der Bauern entgegenstehe. Proletarier die eine abweichende Meinung haben, kämen in der Oeffentlichkeit nicht zum Wort. Oppositionelle, wirkliche Kommunisten, die in der KPR. für die Arbeiter einträten, würden aus der Partei hinausgeworfen und irgendwo um die Ecke gebracht. Redner führte Fälle aus eigener Erfahrung an und belegte sie mit Beweisen. Die russischen Auslandsvertreter lebten von dem Schweiß und Blut der Arbeiter und Kleinbauern.

Eine Genossin, nicht Mitglied der KAP., zeigte die Gefährlichkeit der Fürstenenteignungsparole auf, an der die Syndikalisten und Anarchisten gestrauchelt seien und mitschwämmen in den großen staatlichen Stimmzettel-Sumpf. Die Genossin, die 2 Jahre in Rußland gelebt hat, unterstrich die Ausführungen des russischen Genossen und belegte diese und eigene Wahrnehmungen mit Beweisen. In Rußland seien 17 Lohnklassen und das Proletariat ausgebeutet, entrechtet und unterdrückt. Einen Fall von der russischen Diktatur gegen das Proletariat illustriert die Rednerin recht drastisch. Auf einen revolutionären Kommunisten wurden im Gefängnis 3 Schüsse abgegeben. Es gelang ihm sich zu retten und ins Ausland zu fliehen. Nach der „Amnestie" wurde ihm von Krestinski und andern maßgebenden Prominenten in Deutschland der Rat gegeben nach Rußland zurückzukehren. Krestinski verbürgte sich für seine Sicherheit mit seinem Kopf. Trotzdem wurde der Genosse sofort nach seiner Rückkehr in Rußland verhaftet und blieb verschwunden.

Ein KPD.-Genosse, Mitglied der Gewerkschaft, bekannte, daß er noch vor kurzem strikter Gegner der KAP. gewesen sei. Nach den letzten Vorgängen in der KPD. und in Rußland empfehle er aber über die Ausführungen des Referenten und des russischen Genossen nachzudenken. Nach seiner Meinung seien die Gewerkschaftsbeamten, Parlamentarier und Führer der parlamentarischen Parteien, einschließlich der der KPD. schlimmer als die Fürsten; ihre Enteignung wäre dem Proletariat ebenso nützlich wie die der Fürsten. Der Redner, geistig weit über dem Durchschnittsniveau der KPD.-Mitglieder, ist wohl einer derjenigen guten Revolutionäre, die in der KPD. trotzalledem nicht selten sind, die immer noch der Meinung sind, daß sich die KPD. revolutionieren lasse. Wie soviele KPD.-Genossen, steht er an der Grenze der Erkenntnis. Im übrigen schwankte der Redner, hielt die Fürstenenteignungsparole für eine gute, jedenfalls nicht schädliche Tat. Von dem Typ dieses Genossen sind heute in der KPD. viele Proletarier. Hier ist ein Feld für unsere Genossen, in der persönlichen Diskussion und durch Verbreitung unserer Presse aufklärend zu wirken.

Ein KPD.-Genosse endlich rügte einige Ausführungen des Referenten, so zur Gewerkschaftsfrage, zu Rußland und zur Fürstenenteignungsparole. Er versuchte aber nicht einmal, sie zu wiederlegen oder richtig zu stellen, zitierte dafür viel Marx, Luxemburg und Liebknecht.

Für die Zwischenrufer der KPD. — die Zwischenrufe hielten sich immerhin in erträglichen und angebrachten Grenzen — ist es bezeichnend, daß sie bestritten, daß in der „Roten Fahne" ein Verbot der Diskussion über den letzten russischen Parteitag gestanden hätte. Dies und anderes, auch aus der „Roten Fahne" vom selben Tage, mußte ihnen erst vorgelesen werden. Es ist erklärlich, würden diese Genossen ihre Presse kritisch lesen, wären sie längst nicht mehr am Gängelband derjenigen, die heute selbst aus den Reihen der KPD. als Fürstenknechte bezeichnet werden.

Mit der Versammlung und auch mit dem Erfolg derselben, kann der 7. Unterbezirk einen Fortschritt buchen. Auch den KPD.-Genossen von Charlottenburg kann die Anerkennung nicht versagt werden, daß sie sich als anständige politische Gegner gezeigt haben. Oder sollte das darauf zurückzuführen sein, daß sie sich — obwohl sie in der Mehrheit waren — zu schwach fühlten, um die Versammlung zu einer Freude der Gegner der Arbeiterklasse zu machen?

Ausland

Amerika

Aus der „JWW."

„The Industrial Worker" vom 2. 1. 26 bringt aus den Mitgliederkreisen einige beachtenswerte Worte, die aus der wirklichen Arbeit um ein revolutionäres Ziel geboren, auch bei unserem Ringen um die Taktik beachtet werden sollten. Auch um den Kampf um den Zusammenschluß mit der AAUE. sind sie fruchtbringend.

Wie auch aus anderen Berichten hervorgeht, dringt die JWW. allmählich in die Bauindustrie, Metallindustrie und auch in den Kohlenbergbau ein. Besonders in Kanada haben bei den letzten Streiks sich verschiedene Belegschaften der JWW. angeschlossen. Sie haben ihre Forderung nach Verweigerung des Abzuges für die Gewerkschaftsbeiträge und den Bezug von ausgesiebten Kohlen durchgesetzt. Dieses ist um so bemerkenswerter, als sich die AF. of L. immer mehr durch Banken, Versicherungen in den Kapitalismus einbauen und die Arbeiteraktie immer mehr das Klassenbewußtsein erstickt.

Ein JWW.-Mann schreibt:

Unsere wahre Stellungnahme. — Es war eine Politik unserer Schriftsteller, die friedliebende, dem Gesetz sich beugende Haltung unserer Organisation bei allen Konflikten zu betonen. Dies ist ein Teil unseres legalen Verteidigungsprogramms und als solches wohl zu betonen uns am Platze. Die JWW.'s sind alle Arbeiter und als solche von Natur aus friedliebend, dem Gesetz nicht widerstrebend. Aber wir brauchen nicht einen Teil unserer Zeitung, um dies anderen mitzuteilen. Jeder verfügbare Raum der Zeitung muß dazu benutzt werden, um das Klassenbewußtsein den Arbeitern zu lehren. Es ist nicht nötig, Gewalt zu predigen, aber aus dem selben Grunde ist es ebenfalls nicht nötig, Neutralität zu predigen. Wir wissen alle, von wem und für wen Gesetze gemacht werden; zu wessen Schutz und Vorteil. Aus dieser Erkenntnis entspringt der Grad der Achtung, die wir den Gesetzen entgegenbringen. Wir verlassen uns auf unsere wirtschaftliche Macht und auf das Ausmaß dieser Macht. Wir können uns nicht aus irgend etwas verlassen, das wir nicht besitzen. Unsere wirtschaftliche Macht wird durch die Ausdehnung unserer Organisationen in den Betrieben bestimmt. Das Feld der Wirtschaft ist unsere schwere Artillerie. Können wir dem Feind Schaden zufügen durch den Gebrauch leichterer Geschütze, dürfen wir nicht verfehlen, alles zu tun. Unser Ziel ist die Errichtung einer neuen Welt, die wir als wirtschaftliche Demokratie erkennen. Ehe wir die neue errichten können, müssen wir die alte stürzen. Für dieses Ziel müssen wir unsere vereinten Kräfte einsetzen. Aufklärung ist von großer Wichtigkeit. Es ist die Pflicht jedes Rebellen, das Werk der Aufklärung vorwärtszutreiben. Er muß Versammlungen, Kundgebungen usw. dazu benutzen. Immer mehr Klassengenossen müssen ihre wahre Stelles ihres Klassendaseins erkennen. — —

Soweit der amerikanische Genosse. Auch hier tut sich bei aller Achtung vor dem Kämpfer die unreife Situation dort drüben auf. Ohne seine Lehren zu vergessen, müssen wir auf unerbittliche Klarheit dringen, die darin besteht, daß jeder Machtzuwachs, idell und auch organisatorisch, für den Machtkampf eingesetzt werden muß. Gewalt wird mehr oder minder nur der Gewalt weichen.

Massenaussperrung in der englischen Metallindustrie

London, 10. März. „Der Verband der englischen Metallindustriellen nahm den Streik von 900 Arbeitern in einer Londoner Maschinenfabrik zum Anlaß, um die seit zwei Jahren schwebenden Lohnverhandlungen abzubrechen und ultimativ mit einer Generalaussperrung zu drohen, und so tritt die angedrohte Generalaussperrung in der gesamten Maschinenindustrie am Freitag in Kraft. Sie wird ungefähr eine halbe Million Metallarbeiter unmittelbar betreffen, eine weitere halbe Million anderer Arbeiterkategorien werden durch die Aussperrung ebenfalls zum Feiern gezwungen."

Weiter ist zu berichten, daß am 1. Mai die Regierungsunterstützungen gegenüber dem Bergbau ablaufen, und Regierung und Kohlenkapital darauf hinarbeiten, vordem schon mit den Metallarbeitern fertig zu werden, um nachdem die Bergarbeiter vornehmen zu können. Auf jeden Fall wird die Lage des englischen Kapitals immer kritischer, und die Bourgeoisie bereitet sich auf große Auseinandersetzungen vor. Die 3. Internationale hilft ihr dabei fleißig, indem sie den Arbeitern den Kopf verrückt macht mit der Herstellung der Gewerkschaftseinheit, das heißt, mit der Auslieferung der schon mißtrauisch gewordenen Proleten an Amsterdam.

Mitteilungen

Achtung! Achtung!

In den nächsten Tagen erscheint:

„Die KPD. im eigenen Spiegel".

Die Broschüre bringt reichhaltiges autentisches Material über die Geschichte der KPD. und der III. Internationale, ihren Wandlungen von der revolutionären Partei bis zum sozialdemokratischen Wahlverein.

Sie ist für jeden Genossen eine unentbehrliche Waffe im Kampf gegen den Moskauer Reformismus!

Bestellungen nimmt der „Verlag für Arbeiterliteratur", Berlin O 17, Warschauer Straße 49, entgegen.

Groß-Berlin

17. Unterbezirk (Union, Lichtenberg). Freitag, den 19. III., abends 7½ Uhr, Diskussionsabend. — Sympathisierende sind eingeladen. — Lokal: Pickenhagen, Scharnweberstr. 60.

„Rote Jugend"

Märznummer (Nr. 2—3) soeben erschienen.

12 Seiten. — Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch alle Gruppen der KAJ. und die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin, Warschauer Straße 49.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Schulz, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 22

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

März 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 498 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der „Zeitung" angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Vogelscheuche: Völkerbund

Das Ammenmärchen von der Demokratie

Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen haben das Märchen von der nationalen und internationalen Demokratie in sozusagen verbesserter Auflage herausgebracht. Die politischen Kinder bis zur KPD. haben aufmerksam den Erzählern gelauscht und sich erboten das Märchen zu realisieren. Der erste Versuch naive Zuhörer zu interessieren war der „Volksentscheid". Man rechnet schon aus, wieweit die den Fürsten abzunehmenden 2½ Milliarden reichen werden, um jeden Erwerbslosen 10 Mark Extraunterstützung zu geben. Wie lange die „Notstandsarbeiten" finanziert werden können. Wie viel Kranke in Sanatorien, wie viel Kinder in Kinderheimen Aufnahme finden und dem sozialen Elend entrissen werden. Der Kapialismus als das System der kapitalistischen Profitordnung, der an sich nicht aus und ein weiss, der die Lebenslage der Arbeiterklasse dauernd brutal drückt um seine Profitrate zu halten, wird einfach umgelogen in eine grosse Familie mit gleichberechtigen Migliedern die es in der Hand haben, durch einen bescheidenen Wunsch jede Ungleichheit aufzuheben. Es ist eigentlich sehr schade, dass man nicht früher das famose Mittel des „Volksentscheid" ausgegraben hat. Es war doch schon immer so, dass der Schosshund einer Bourgeoisiedame mehr kostete als ein halbes Dutzend Kinder eines Arbeiters. Man hätte doch schon früher „entscheiden" um von dem kapitalistischen Ueberfluß einige Tropfen auf die Brotrinden verhungernder Arbeiterkinder zu träufeln. — Nun begeistern sich alle Kleinbürger für den Gedanken, die Milliarden der Fürsten dem „Volk" zu erhalten. Denn „Volk" das heißt: Kapitalismus einerseits, Proletariat anderseits. Und der Kapitalismus, der diese Milliarden günstigen Falls kassieren könnte, wird mit seine Rationen genau so „gerecht" verteilen, wie ehedem. Das „Volk" wird aber erst später merken, daß es wieder einmal betrogen, um eine Illusion ärmer ist. — Aber die Ernüchterung wird kommen, früher als mancher denkt.

Es ist merkwürdig, daß die demokratischen Apostel in bezug auf die internationale Demokratie nicht ganz — wenigstens scheinbar — einheitlich begeistert sind. Die KPD. wird da plötzlich von ihrer eigenen „Idee" im Stich gelassen. Sie sieht in der innenpolitischen Demokratie einen Kampf gegen den Kapitalismus, in der außenpolitischen Fortsetzung einen Betrug. Das ist natürlich nur für den sonderbar, der nicht sieht, daß Rußlands Interesse innenpolitisch den Burgfrieden erheischt, um mit dem deutschen Kapital in geregelte Handelsbeziehungen zu kommen. Außenpolitisch jedoch den Kampf gegen den Weltkapitalismus und den Versuch, das deutsche Kapital vor den Eintritt in den Völkerbund abzuhalten, immer unter seinen politischen Einfluß zu bringen, seine eigene Position zu stärken. Das Proletariat ist für Rußland eine Figur, die man auf dem Schachbrett hin und her schiebt. Es besteht also gar kein Widerspruch in der Stellung Moskaus zur Demokratie an sich, man muß nur begreifen, daß die Politik Rußlands mit den Klasseninteressen des Proletariats gar nichts zu tun hat, und selbst da, wo sie s c h e i n b a r für das Proletariat eintritt, nur demagogische Kunststücke aufführt; proletarische Innen- und Außenpolitik sind e i n e Linie. Es ist die Linie des revolutionären Kampfes gegen j e d e n demokratischen Betrug.

In Genf ist nun diese internationale Kapitalsdemokratie schon zu einer wahren Glanzleistung ausgewachsen. Als die deutsche Regierung preisend mit viel schönen Reden, den Segen der völkerbefreienden Sozialdemokratie in der Tasche, sich mit einer gehörigen Dosis Naivität versah und das unschuldige Demokratengesicht auf Hunderten von Konterfeis zurücklassend, sich einschiffte, versäumte die „Völkerbefreiende" natürlich nicht, sie mit einem Glorienschein der weltumspannenden „großen Idee" einzuhüllen. Man glaubte, daß der internationale Kapitalismus so „klug" sein würde, seine nackten Kapitals- und Profitinteressen nicht so offen zu zeigen; man glaubte hinter den Kulissen doch so weit vorgearbeitet zu haben, um vor dem Proletariat diesen großen Betrug zu verschleiern, und so einen Erfolg buchen zu können. Jetzt ist die ganze Sache an dem „rechthaberischen" „undemokratischen" Standpunkt der einzelnen Kapitalsmächte gescheitert. In Genf steht eine arg zerzauste Vogelscheuche, und die darum herumtanzenden Demokraten reißen der „großen Idee" immer noch weiter die Fetzen vom Leibe, zum großen Leidwesen der ideenreichen Sozialdemokratie.

Wie man dem „Volksentscheid" die Idee der großen nationalen Familie zu Grunde legt, so dem „Völkerbund" die von der internationalen. Natürlich ist infolge des weiten Raumes dies nur in der dazu passenden Form möglich. Theodor Wolf meint im Tageblatt, man müsse den Völkerbund als einen internationalen Klub betrachten. Bei allen feinen Klubs — Chamberlain gehöre auch einem solchen an — herrsche bei den alten Mitgliedern ein — wenn auch ungeschriebenes — so doch tatsächliches Vorrecht. Sie blicken auf eine gewisse Tradition zurück, und jeder Neue täte gut, sich von vornherein mit diesen alten Herren gut zu stellen. Er dürfe bezüglich der guten Kinderstube dem, der ihn einführte, keine Schande antun und nicht sich und den Gönner blamieren. Es käme also Deutschland die Rolle des bescheidenen jungen Mannes zu, der erst hören müsse, sich etwas einleben müsse, um sich die Gunst der alten Mitglieder des Klubs, deren Sympathien zu erwerben. Im entgegengesetzen Falle würde man ihn als Flegel bald links liegen lassen.

Nun ist es schwer, der Delegation des deutschen Kapitals die Bescheidenheit abzusprechen. Selbst der „Vorwärts", der täglich auf der ersten Seite Verhaltungsmaßregeln für die Delegation des deutschen Kapitals abdruckt, findet das Benehmen derselben durchaus einwandsfrei und lobt dieselbe über den grünen Klee. Es ist eben sehr schade, daß auch der Völkerbund es nicht jedermann recht machen kann. Wo so recht nüchterne hausbackene Kapitalsinteressen aufeinanderplatzen, ist es nicht verwunderlich, daß eben alle „alten" Mitglieder ihre jungen Gönner haben. Wie England Deutschland mitbringt, bringt Frankreich Polen mit. Es dreht sich um **den Einfluß kapitalistischer Weltmächte in einer kapitalistisch-imperialistischen Weltorganisation!** Der französisch-englische Gegensatz drohte die ganze Komödie zum offenen Fiasko ausarten zu lassen. Man ist noch dabei, um durch Verschiebungen von ständigen und nicht ständigen Ratssitzen unbedeutenderer Staatenfiguren zu einem Kompromiß zu gelangen. Schweden ist bereits abgehandelt worden. Da braust wieder Brasilien auf. Das Ringen ist erbittert, erbarmungslos. Das deutsche Kapital pfeift auf dem letzten Loch, und muß warten, wie über es die Entscheidung gefällt wird. Das Krachen der internationalen kapitalistischen Gegensätze läßt die Welt ertönen. —

Die „Völkerbefreiende" jedoch sammelt sorgfältig alle Phrasen auf und präsentiert sie als „Idee". Die Phrase ist das Fundament ihrer „Politik". Die KPD., die „einzige Arbeiterpartei", ist ihr hilfreicher Knecht.

Wenn auch die fortschreitende kapitalistische Krise und die sich daraus ergebende Verschärfung der imperialistischen Gegensätze die Demokratie immer wieder als Ammenmärchen, den „Völkerbund" als Kapitalsorganisation gegen das Proletariat, die Sozialdemokraten und ihre Zuhälter als Kapitalsknechte entlarven muß, so darf das Proletariat noch nicht mit verschränkten Armen diesem Verdummungsfeldzug gegenüberstehen. Es kann sonst leicht sein, daß es von einem neuen Weltungewitter unvorbereitet überrascht wird. Zum Mindesten bleibt es ein Opferlamm des Kapitalismus, solange diese sozialdemokratischen „Ideen" in seinen Köpfen spukt.

Oeffentliche Versammlung

Donnerstag, den 25. März 1926, abends 7 Uhr,
im Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstraße 24.

Thema:

Volksentscheid, Arbeitslosenelend und die Stellung der Arbeiterorganisationen dazu.

Arbeiter erscheint in Massen! Euch geht es an!

Komm. Arbeiter-Partei. Allgemeine Arbeiter-Union. Ortsgruppe Berlin.

Der Kulakkurs der KPD.

Reformistische und revolutionäre Agrarpolitik.

Die Revolten der revolutionär-katholisch gesinnten Winzer des Moselgebietes werfen ein grelles Schlaglicht auf die allgemeine Wirtschaftskrise des Kapitalismus. Während die kapitalistische „Rationalisierung" sich in Deutschland in Form der Aufsaugung der „parasitären Elemente der Wirtschaft", der kleineren unrentablen Unternehmen durch die Monopolgewaltigen in der Richtung der Konzentration des Kapitals vollzieht, wird durch die Winzerunruhen eine andere Seite dieses Konzentrationsprozesses beleuchtet. **Bei der allgemeinen Verschärfung der Klassengegensätze sind sie ein typisches Beispiel für die trotz aller ideologischen Verkleisterung immer klarer sichtbar werdenden Klassenscheidung auf dem flachen Lande als Resultat des durch die verengten Absatzmöglichkeiten bedingten heftigen Konkurrenzkampfes.** Durch ihre wirtschaftliche Schwäche und technische Unterlegenheit, durch ihre Landarmut, die Unmöglichkeit, besonders für den Nachwuchs, zu dessen Existenz genügendes Land zu erwerben, und die relativ schweren Steuernlasten, tritt immer mehr eine Verarmung der Kleinbauern ein, so daß sie sich fast nicht mehr von dem der Willkür der Junker und Großbauern ausgelieferten Landarbeitern unterscheiden.

Diese Entwicklung auf dem Lande, die mit der fortschreitenden Proletarisierung der städtischen Mittelschichten parallel läuft, erscheint selbst der Bourgeoisie unheilvoll und bedrohlich. Die „letzte Reserve der Konterrevolution" wird durch die Auswirkungen der kapitalistischen Krise zersetzt und unsicher. Die Kleinbauern werden mit den Landarbeitern zur ausgesprochenen Dorfarmut gestempelt. Sie geraten trotz der durch jahrhundertelange Tradition reaktionären Einstellung in scharfen Gegensatz zu den Groß-Bauern und Großgrundbesitzern. Den Winzern sind Staatskredite bewilligt worden. In bürgerlichen Kreisen tauchen wieder Bodenreformpläne auf, zu dem Zweck, durch Parzellierung des Großgrundbesitzes der Landnot der Kleinbauern und ihres Nachwuchses zu begegnen und so eine Mittelschicht auf dem Lande zu erhalten. In Ungarn ist z. B. die Landnot der armen Bauern so akut geworden, daß bei Verauktionierungen von Land Tausende von Bauern sich direkt darum reißen. In diesen Tagen haben 400 mit Heugabeln bewaffnete Bauern die Felder eines fürstlichen Großgrundbesitzers in der Tschecho-Slowakei besetzt, bis sie von der Gendarmerie vertrieben wurden. Trotz Regierungszusagen ist dieser Besitz nicht parzelliert worden.

Doch die Entwicklung geht vorwärts. Das Rad der Geschichte läßt sich nun einmal nicht zurückdrehen. Auch die Agrarfrage kann innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht gelöst werden. Die Agrarkrise ist ein Teil der allgemeinen Wirtschaftskrise, steht mit ihr in Wechselwirkung und verschärft sie. Heute ist die Abwanderung der überzähligen Landbevölkerung in die Industriezentren vollkommen unmöglich, weil hier schon eine riesige Reservearmee vorhanden ist. Die Bodenreformpläne liegen auf der gleichen Linie wie die kleinbürgerlichen Versuche, die wachsende Monopolherrschaft einiger Trusts und Syndikate durch Gesetze zu verhindern. Angetrieben durch die wirtschaftlichen Krisen und den Konkurrenzkampf um die beschränkten Absatzmöglichkeiten wird die Kapitalskonzentration die sozialen Gegensätze auf dem Lande, wie in der Stadt weiter verschärfen. Dieser Prozeß, der zwangsläufig, auf Grund der ökonomischen Notwendigkeiten des Kapitals vor sich geht und nicht vom guten oder bösen Willen der Kapitalisten abhängig ist, wird folgerichtig auf der einen Seite die Oligarchie riesiger Trusts und Syndikate herausbilden, und dem auf der anderen Seite die besitzlosen, verelendeten Massen gegenüber stellen. Alle Träume vom selbständigen Mittelstand und „freier Scholle" werden dann vollends der Vergangenheit angehören.

Das deutsche Proletariat hat es in der Hand, diese Zukunftsperspektive zum Pauperismus breiter Massen abzuwenden und seinen Leidensweg abzukürzen. Die objektiven Voraussetzungen für die proletarische Revolution sind reif.